

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden. <

Nr. 44.

Donnerstag, 22. Februar

1912.

Bezugspreis: Beim Bezug durch die Expedition, Große Zwingerstraße 18, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierjährlich. Einzelne Nummern 10 Pf.

Erscheint: Werktag nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1298, Redaktion Nr. 4674.

Aufklärungen: Die 1spaltige Grundseite oder deren Raum im Aufklärungsteile 30 Pf., die 2spaltige Grundseite oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Ginge) 150 Pf. Preisermäßigt, auf Geschäftsanzeigen. — Schluss der Annahme vorm. 11 Uhr.

Der neue österreichisch-ungarische Minister des Innern Graf Berchtold und der Reichskanzler haben herzliche Telegramme gewechselt.

Die Nachricht des Reuterschen Bureaus, daß 500 italienische Soldaten auf den Farnaninseln im Roten Meer gelandet wären, bewahrheitet sich nicht.

Nach Meldungen aus Washington breitet sich die Anarchie in Mexiko immer mehr aus. Mehrere Städte sind in den Händen der Außständischen.

In Houston (Texas) zerstörte ein Großfeuer viele Wohnhäuser, Fabriken und Kirchen. Gegen 1800 Personen sind obduziert.

Im Hochstollen im State Massachusetts, den längsten amerikanischen Tunnel, stieß ein Personenzug und ein Güterzug zusammen, wobei eine Anzahl Personen getötet wurde.

Amtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem früheren Auktionsator Karl Eduard Camillo Stolle in Niederschönitz das Albrechtskreuz zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Oberaufseher bei der Gefangenanstalt Leipzig Heinrich August Heppner und der Wachtmeister bei dem Amtsgerichte Hainichen Friedrich August Heinrich Wöhlmann die ihnen von St. Majestät dem Kaiser, König von Preußen, verliehenen Auszeichnungen annehmen und tragen und zwar Heppner das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens, Wöhlmann das Allgemeine Ehrenzeichen.

Verordnung, den juristischen Vorbereitungsdienst im Geschäftsbereiche der inneren Verwaltung und die Prüfung für den höheren Verwaltungsdienst in diesem Geschäftsbereiche betreffend;

vom 17. Februar 1912.

Mit Allerhöchster Genehmigung wird die Verordnung vom 22. Dezember 1902 (G.- u. B.-Bl. v. 1903 S. 49) unter Aufhebung der Verordnung vom 26. Februar 1904 (G.- u. B.-Bl. S. 108), wie folgt, abgeändert und ergänzt:

Artikel 1.

§ 1 der Verordnung vom 22. Dezember 1902 erhält die Fassung:

c. mindestens eine Dienstleistung von 2 Jahren bei den Justizbehörden und von 6 Monaten bei einem Rechtsanwalt vollendet haben.

Artikel 2.

§ 2 erhält hinter dem Borte Amtshauptmannschaft den Zusatz:

„oder der Polizeidirektion Dresden“.

Artikel 3.

§ 8 Abs. 2 erhält die Fassung:

Für die Anrechnung des Vorbereitungsdienstes bei den Verwaltungsbehörden auf die Vorbereitungszeit im Justizdienste sind die Vorschriften des Art. I der Verordnung des Justizministeriums vom 1. Juli 1911 (G.- u. B.-Bl. S. 151) maßgebend.

und einen dritten Absatz:

Die Verwaltungsbehörden haben die zum Vorbereitungsdienst bei ihnen zugelassenen Referendare bei dem Antritt unter Hinweis auf die bei den Justizbehörden erfolgte eidliche Verpflichtung (§ 3 der Verordnung vom 1. Februar 1904 — G.- u. B.-Bl. S. 46 —) durch Handschlag zu verpflichten.

Artikel 4.

Eingefügt wird § 9a:

Referendare, welche bei Gemeinbeverwaltungen beschäftigt oder angestellt sind, können auf ihren Antrag zu der Prüfung für den höheren Verwaltungsdienst zugelassen werden, wenn sie nach Erfüllung der in § 1 bestimmten Voraussetzungen einen vierjährigen Vorbereitungsdienst bei Justiz- und Verwaltungsbehörden, und zwar 18 Monate davon bei Verwaltungsbehörden, vollendet haben.

Artikel 5.

§ 11 unter c erhält den Zusatz:

Die mündliche Prüfung ist öffentlich.

Artikel 6.

Das Ministerium des Innern ist ermächtigt, Ausnahmen von Art. 1 und 4 dieser Verordnung in den Grenzen der seither gültigen Vorbereitungszeiten für diejenigen Referendare zuzulassen, deren Vorbereitungsdienst vor dem 1. Juli 1911 begonnen hat.

Dresden, den 17. Februar 1912. 118, 289 D.R.

Ministerium des Innern. 1287

Das Kaiserl. Gesundheitsamt meldet den Ausbruch und das Erübrigen der Maul- und Klauenseuche vom Schlachthof in Straßburg i. Elz am 19. d. M.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Inseratenteil.)

Nichtamtlicher Teil.

Vom Königlichen Hofe.

Dresden, 22. Februar. Se. Majestät der König wohnte früh 8 Uhr Rekruteneinführung beim 1. Bataillon des 1. (Leib-) Grenadierregiments Nr. 100 bei.

An der Königlichen Mittagstafel nahmen Ihre Königl. Hoheit Prinzessin Mathilde und die Damen und Herren vom Dienst teil.

Se. Majestät der König wird mit Ihren Königl. Hoheiten dem Kronprinzen und dem Prinzen Friedrich Christian abende der Aufführung des Lustspiels „Zopf und Schwert“ im Königl. Schauspielhaus bewohnen.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

— Eine Anzahl Künstler- und Architektenvereinigungen (Ortsgruppe Dresden des Bundes Deutscher Architekten, Dresdner Kunstgenossenschaft, Dresdner Architektenverein, Künstlervereinigung Dresden, Künstlervereinigung „Zunft“, Sächsischer Ingenieur- und Architektenverein) haben unlangt eine Eingabe an das Königl. Ministerium des Innern gerichtet, in der sie eine veränderte Organisation der sächsischen Denkmalpflege unter Einziehung einer mit „administrativer Macht“ ausgestattenden Autorität in Fragen der Kunst und der Kunstsprache als Spur für notwendig bezeichneten und in Anregung bringen. Die Eingabe ist, bevor das Ministerium des Innern sich darüber schlüssig gemacht und die Antragsteller beschieden hat, Ende Januar in mehreren Tageszeitungen veröffentlicht worden. Den Antragstellern soll daher hier auch öffentlich die Antwort erteilt werden.

Nach dem Stenographischen Bericht über die gemeinsame Tagung für Denkmalpflege und Heimatbau zu Salzburg hat der preußische Konservator der Rheinprovinz bei seinem Vortrag über die Denkmalpflege in Deutschland (S. 51 fsgd.) nicht den ungerechtfertigten Vorwurf erhoben, daß „dem sächsischen Denkmal schutz die Stärke fehle“. Er hat vielmehr bemerkt, so ausgezeichnete Männer auch in der sächsischen Kommission zur Erhaltung der Kunstdenkmäler führen und so bewundernswert vielfach die Ergebnisse seien, über die bisher die Tätigkeitsberichte der Kommission ganz Deutschland Auskunft gegeben hätten, so scheine nun doch, daß die Initiativkraft der Denkmalpflege in Sachsen nur noch gewinnen könne, wenn eine persönliche Spur oder ein persönliches Organ mit all den Machtbefugnissen eines Konservators der Kommission zur Seite stände.

Temgegenüber ist zunächst auf die mit Genehmigung St. Majestät des Königs erlassenen Verordnungen des Ministeriums des Innern vom 29. Juni 1894 (G.- u. B.-Bl. S. 143) und vom 8. April 1902 (dasselbe S. 117) hinzugeweiht. Danach steht einem Rate des Ministeriums des Innern der Vorst und die Geschäftsführung in der Kommission zu, und besteht bei dieser Behörde ein kollegialer Geschäftsgang; ihr Wirkungskreis umfaßt hauptsächlich die Begutachtung der von den Ministerien und dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium bezüglich der Denkmalpflege an sie gerichteten Fragen und der Besuch um Staatsbehilfen zur Erhaltung und Wiederherstellung von Kunstdenkmälern.

Da vor allem die kirchlichen Kunstdenkmäler in Betracht kommen müssten, hatte sich das Ministerium des Innern mit dem Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium vor der Regelung der Angelegenheit ins Vernehmen gesetzt. Dieses hat sein Einverständnis zwar im allgemeinen erklärt, aber zugleich ausgesprochen, daß ihm

die weitgehende Verpflichtung, wonach das Landeskonsistorium bei allen die kirchlichen Kunstdenkmäler betreffenden Fragen sich der Kommission als alleinigen begutachtenden Organs zu bedienen habe, weder durch ein Bedürfnis gerechtfertigt erscheine, noch von ihm im voraus übernommen werden könne. Denn so sehr man auch, wie bisher, fortfahren werde, bei der Erhaltung und Erneuerung kirchlicher Kunstdenkmäler auch dem antiquarischen Gesichtspunkte zu seinem Rechte zu verhelfen, so werde dieser allein doch niemals den Ausschlag geben können, vielmehr würden die Anforderungen der kirchlichen Zweckbestimmung und die Bedürfnisse der gottesdienstlichen Weiterbenutzung mitbestimmend sein müssen.

Im übrigen sind die sächsischen Gemeindebehörden vom Ministerium des Innern beschieden worden, daß zwar die Gemeindeordnungen vom 24. April 1873 keine Bestimmung enthielten, welche die Gemeinden bei wesentlicher Veränderung oder Beseitigung öffentlicher Denkmäler oder Bauwerke von geschichtlichem oder künstlerischem Wertes an die Genehmigung der Aufsichtsbehörde binden. Nach Einsetzung der Kommission zur Erhaltung der Kunstdenkmäler erwarte aber das Ministerium, daß auch ohne eine gesetzliche Bestimmung die Gemeindebehörden künftig derartige Maßnahmen unterlassen würden, solange sie nicht die Entstehung der Kommission eingeholt hätten.

Auf dieser Grundlage hat die im Jahre 1894 eingesetzte Kommission ihre Tätigkeit entwickelt, und der Erfolg hat vollständig nicht nur den Erwartungen der Regierung, sondern auch aller objektiv urteilenden inner- und ausländischen Kreise entsprochen.

Auch in dem erörterten Vortrage wird ausdrücklich betont, „wie anderswo das Königreich Sachsen zeige, welche Fälle von Beträuen gerade Entscheidungen geöffnet, die eben von einer solchen Kommission ausgegangen, in der alle Interessentreize des Landes ihre normale Vertretung hätten.“

Infolgedessen hat sich auch die Wickjämmer der Kommission erheblich ausgedehnt; die Zahl der Eingänge, die vom Jahre 1900 bis 1902 1930 betrug, ist in den letzten drei Jahren (1909 bis 1911) trotz möglichster Geschäftsvorlesung auf 5352 gestiegen.

Diese Entwicklung der von ihm geschaffenen Organisation hat das Ministerium des Innern bisher mit lebhafter Begeisterung verfolgt, und es hat um so weniger Anlaß, hierin eine Änderung im Sinne der Geschäftsführer einzutreten zu lassen als es ihm nach vielseitigen Erfahrungen unerlässlich erscheint, daß ein Mitglied des Ministeriums unter dessen Aufsicht — aber auch, wo nötig, Schutz — die von dem Vortragenden erwähnte „Spur“ bilden.

Wenn aber die praktische Denkmalpflege, wie sie die Kommission bei ihrer jetzigen Beschäftigung bisher zu leisten in der Lage gewesen ist, selbst von den Geschäftsführern nicht bemängelt werden könnte, so ist kein Grund für die von ihnen begehrte „Änderung der Verfassung der Denkmalpflege in Sachsen“ zu erkennen.

Selbst wenn man die beiden in der Eingabe benannten bayerischen Kunstverständigen für berufen ansieben wollte, über die Verfassung der sächsischen Behörde zu urteilen, so ist doch das geradezu irreführend, was ihnen im ersten Absatz der Eingabe unterlegt wird. So soll sich in Dr. Hagers Aufsatz über Denkmalpflege („Münchner Neueste Nachrichten“ Nr. 113 vom 9. März 1911) „dasselbe Urteil zeigen — daß nämlich dem sächsischen Denkmal schutz die Stärke fehle —, wiewohl er sich „über die organisatorische Durchführung ausgeschwiegen“ (!) habe.“ Statt dessen gedenkt er am Eingange ausdrücklich der „einsichtsvollen Unterstützung der Staatsregierung“ bei den bezüglichen Bestrebungen, er erkennt an (und zwar an der Hand von Prof. Brucks Schrift über die Denkmalpflege im Königreich Sachsen), daß man hier seit langer Zeit den alten Denkmälern großes Verständnis entgegenbringe, er räumt, daß alle Instandsetzungs- und Erhaltungsarbeiten, die unter Beratung und Beihilfe der Kommission im letzten Jahrzehnt ausgeführt wurden, vom neuzeitlichen Geiste beeinflusst seien, er gedenkt des Gräbnerischen Schutzvorbaues an der „Goldenen Pforte“ und dessen Chorauflanges an der Schneeburger Wolfgangskirche, er hebt die von der Kommission hinsichtlich der geforderten künstlerischen Ausmalung der Nikolaikirche in Döbeln betätigten Energie hervor, er spricht am Schluß ganz allgemein „von der frischen, frohen Tatkraft, von dem weiten Blick, von der Verbannung jeder burokratischen Regung und Angstlichkeit, kurz von all den Vorzügen, die wir an der Denkmalpflege Sachsen bewundern dürfen.“

Ebenso wenig kann die von Gabriel v. Seidl in der benannten Zeitung hierauf veröffentlichte Entgegnung im Sinne der Geschäftsführer irgendwie verwertet werden. Er befasst sich darin weder im allgemeinen mit

der sächsischen Denkmalpflege, noch im besonderen mit ihrer Organisation. Er wendet sich vielmehr lediglich gegen die von Dr. Hager mit Hinweis aus Sachsen vertretene — um es kurz zu sagen — moderne Kunstschaufung, er warnt davor, diese nach Bayern übertragen zu wollen und sich bei so wichtigen Bauaufgaben, wie der Instandhaltung der alten bayerischen Kunstdenkmale, nach sächsischem Vorbilde zu richten. (Wenn es überhaupt schon schwer sei, in künstlerischen Dingen Grundlage aufzustellen, so sei es auf diesem Gebiete am schwersten, ja unmöglich, und jeder einzelne Fall müsse für sich beurteilt werden.)

Dass die Kommission zu einer entscheidenden Instanz in Fragen der Denkmalpflege umgestaltet werde, kann nicht in Betracht kommen; ihre begründeten Anregungen werden, wie bisher, regelmäßig beachtende Würdigung und auch die Unterstützung des Ministeriums des Innern finden. Soweit sie aber lediglich als eine begutachtende Behörde tätig wird, können ihr legendumweltliche Mittel zur tatsächlichen Ausführung oder Einhaltung ihres Gutachtens nicht eingeräumt werden. Dazu bedürfte es einer ganz neuen Organisation und besonderer gegebener Maßnahmen. Ein dringendes Bedürfnis hierzu ist aber bis jetzt in der Praxis noch nicht hervorgetreten. Jedenfalls ist in allen Fragen der Ästhetik und der Kunstschaufung ein vermittelndes, beratendes und fachliches Verhalten der Regierung, so lange man damit zum Zwecke kommt, der Anwendung obrigsteilichen Zwanges immer vorzuziehen. So hat sich doch auch der Ministerium in der Verordnung vom 12. März 1904 eingeschlagene vermittelnde Weg durchaus gangbar und erfolgreich erwiesen. Danach sind die Baupolizeibehörden veranlaßt worden, in Fällen, in denen die Planung von Veränderungen von historischer oder architektonischer beachtenswerten Bauwerken zu ihrer Kenntnis kommt, hierzu unverzüglich und womöglich noch vor Erteilung der Baugenehmigung eine Mitteilung an die Kommission zu geben, der es ab dann überlassen bleibt, „wegen des erforderlichen Denkmalschutzes die Beteiligten zu verständigen und zu beraten“. Diese wichtige Aufgabe hat aber die Kommission, zum Teil unter Bewahrung einer Baubehilfe mit ministerieller Genehmigung, in zahlreichen Fällen erfüllt, und die Annahme liegt nahe, daß da, wo sie für die Erhaltung eines Bauwerks ohne Erfolg eingriff, solcher wegen der in Betracht kommenden Vermögensopfer auch von einer anders organisierten bez. mit einem förmlichen Einspruchrechte ausgestatteten Kommission zur Erhaltung der Kunstdenkmäler nicht zu erzielen gewesen wäre.

In dem oben erwähnten Vortrag ist schließlich zum Ausdruck gebracht worden, daß nach den ganzen bisherigen Entwicklung der Staat auf weitere seinerseitige Regelung auf diesem Gebiete verzichten, nur gewissermaßen die Leichtigkeit geben, sich die Rücksicht vorbehalten und das Weitere den Gemeinden überlassen könne, weil die Denkmalpflege schon im besten Sinne eine vollständliche Bewegung geworden sei. Das Ziel sei, daß die Denkmalschutzgelege überhaupt überflüssig würden, daß sich vielmehr auf der freudigen Mitarbeit aller Kartoffelsie die Denkmalpflege aufbauen, wie nach dem angeführten Ausprache eines württembergischen Ministers das soll nicht in gesetzlichen Bestimmungen liege, sondern der beste Denkmalschutz in dem Führen des Volkes für diese Dinge zu sehen sei. Diesen Anschaufungen kann nur beigegetreten werden. Wollen sich die Geschäftsführer in vorstehendem Sinne an der sächsischen Denkmalpflege beteiligen, so dürfte dies der Regierung nur willkommen sein.

Deutsches Reich.

Telegrammwechsel zwischen dem neuen österreichisch-ungarischen Minister des Äußern und dem Reichskanzler.

Graf Berchtold hat aus Anlaß seiner Ernennung zum Minister des Kaiserl. und Königl. Hauses und zum österreichisch-ungarischen Minister des Äußern an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg folgende Depesche gerichtet:

Durch die Gnade Sr. Majestät, meines Allernöbigsten Herrn, auf den Posten des Ministers des Kaiserl. und Königl. Hauses und des Äußern berufen, gereicht es mir zu besonderem Vergnügen, in dieser Eigenschaft Ew. Exzellenz zu begrüßen. Mein verehrter lieberkamerter Vorgänger hat in dem Dreikunst die unverrückbare Grundlage seiner Politik erledigt und sich durch seine stets bewährte Bundesfreude jenes hohen Maß von Vertrauen erworben, das ihm von Seiten der verbündeten Mächte vertraut gebracht wurde. Indem ich nun das vom Grafen v. Reichenbach hinterlassene reiche Urtheil inniger und vertrauensvoller Beziehungen zur Kaiserl. Deutschen Regierung entrichte, hoffe ich aufrichtig, auf die bundesfreundliche und tapfrägige Unterstützung Ew. Exzellenz rechnen zu dürfen. Berchtold.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg beantwortete die Depesche des Grafen Berchtold folgendermaßen:

Ew. Exzellenz dankt ich herzlich für das Telegramm, womit Sie die Güte hatten, mir Ihre Ernennung zum Minister des K. und K. Hauses und des Äußern persönlich mitzuteilen. Ich spreche Ew. Exzellenz zu dem Beweise hohen Vertrauens, den Ihr Allernöbigster Herr Ihnen damit gegeben, meine wärmen Glückwünsche aus in den feinen und frohen Überzeugungen, die Ihr unvergleicherlyhr. Amtsvorläger so zielbewußt gezeigt, in geistlicher Weise sich fortentwickeln werden. Ihnen zur Erfüllung der übernommenen hohen Aufgabe vollen Erfolg wünschend, bitte ich Ew. Exzellenz verzichtet zu sein, daß ich in jeder Bundeckte befreit sein werde. Ew. Exzellenz Politik, wo ich kann, mit allen Kräften zu unterstützen.

Ein Dementi.

Der „Beiliner Lokalanzeiger“ bringt einen aus London datierten Aufsehen erregenden Artikel über englisch-deutsche Verhandlungen. Von unterschiedeter Seite wird mitgeteilt, daß die Angaben des Artikels lediglich auf Kombinationen beruhen und daher nur geeignet sind, falsche Erwartungen oder falsche Befürchtungen hervorzurufen.

Ein weiteres Dementi.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: An einen höflichkeitssuchenden, den der französische Botschafter am Sonntag dem Reichskanzler abgesetzte hat, hat ein Teil der Presse Kommentare geknüpft, in denen die angeblichen Gegenstände der Unterhaltung

wiedergegeben waren. Nach einer Notiz des „Lokal-Anzeigers“ soll in Paris behauptet worden sein, die Unterhaltung habe sich um den belgischen Kongostaat gedreht. Diese Angaben sind eitel Erfindung.

Bermehrte Verwendung von Reichsbanknoten und Reichsbanknoten durch die Behörden.

Seit einer Reihe von Jahren sind die Behörden im Reich und in den Bundesstaaten bemüht, im Zahlungsverkehr, insbesondere bei der Auszahlung der Gehälter und Löhne eine vermehrte Verwendung von Reichsbanknoten und Reichsbanknoten einzutreten zu lassen. Die Förderung dieser Art des Zahlungsverkehrs dient dem Zwecke, sowohl eine unwirtschaftliche Abnutzung von Goldmünzen, die mit einem ähnlich steigenden Aufwand für das Reich verbinden ist, hinzuhalten, als auch den Goldschatz der Reichsbank zu stärken und diese dadurch in Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

Die Bestrebungen sind von Erfolg begleitet gewesen. Während beispielweise im Jahre 1905 zu den Vierteljahrsschlüssen noch mehr als 100 Mill. R. in Goldmünzen für die Kosten des Reiches und der Bundesstaaten verlangt und verabfolgt wurden, haben sich die Beiträge im Laufe der folgenden Jahre beträchtlich verringert. Im Jahre 1910 stellten sich die zu diesen Terminen geforderten Beiträge auf rund je 52 Mill. R. Im Jahre 1911 wurden von der Reichsbank an Goldmünzen in der Zeit vom 20. bis 31. März rund 52,8 Mill. R., 20. - 30. Juni 36,2 - 20. - 30. Septbr. 21,1 - und

20. - 31. Dezbr. 19,7 - hergegeben. Hierach war am Jahresende 1911 der Betrag der von der Reichsbank seitens der bezeichneten Kosten bezogenen Münzen im Vergleich zu 1905 um mehr als vier Fünftel gesunken.

Aus diesem erfreulichen Ergebnis werden die Behörden, so schreibt die „Rödtl. Allgem. Blg.“, die Mahnung entnehmen, auch fernherin die Verwendung von Reichsbanknoten und Reichsbanknoten an Stelle der Goldmünzen mit allen Mitteln zu fördern. Auf solche Weise wird auch das Publikum sich immer mehr an den Gebrauch dieser Geldzeichen gewöhnen, wie dies die Erfahrungen in anderen Ländern, namentlich in Frankreich und Österreich, lehren. Eine derartige Gewöhnung wäre nur zu begrüßen, da das zu erreichende Ziel, die im Verkehr nicht benötigten Goldmünzen der Reichsbank zuzuführen, von einer allgemeinen wirtschaftlichen Bedeutung ist, denn die Reichsbank wird dadurch in den Stand gebracht, auch in schwierigen Zeiten wirkamer den gesteigerten Anforderungen gerecht zu werden.

Reichstag.

Sitzung vom 21. Februar 1912.

Am Bundesstaatliche: die Staatssekretäre Dr. Delbrück und Bermuth sowie Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schröder-Vieker.

Präsident Dr. Raempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Auf der Tagesordnung standen die Interpellationen der Freisinnigen und Sozialdemokraten auf Aufhebung des Buttermittel- und Kartoffelzolls.

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärte sich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Die freikirchige Interpellation begründete:

Abg. Dr. Wendorff (fortschr. Blg.): Wir wollen grundsätzliche Auseinandersetzungen über die gesamte Wirtschaftspolitik vermeiden. Wir wollen praktische Politik treiben, um greifbare Erfolge zu erzielen. Vor acht Tagen erklärte Staatssekretär Dr. Delbrück, es seien Erwiderungen im Gange, den bevorstehenden Saisonzeit auf Kartoffeln vorjähriger Ernte bis zum 1. Mai hinauszuschieben. Hörtlich haben sich diese Erwiderungen nur zu einem Bruchstück verdichtet. Daß durch die schlechte Kartoffelernte ein Notstand entstanden ist, ist nicht zu bezweifeln. Die Kartoffelernte ist ein Glied in der ganzen Kette der Teuerung. Durch die hohen Kartoffelpreise wird besonders der Mittelstand betroffen, für den Sie (zu den Konservativen) doch jetzt besonders eine warme Lanze einzulegen sich bereits erklärt haben. (Heiterkeit!) Durch eine Aufhebung des Kartoffelzolls wird kein Mensch im Deutschen Reich geschädigt. Der Schatzoll auf Mais ist ganz und gar entbehrlich, da wir in Deutschland einen Maisförderbar nicht kennen. Für die Endindustrie der Maul- und Klauenrente ist die Einfuhr guter Buttermittel unabdinglich erforderlich. Mag der praktische Erfolg bei Aufhebung des Kartoffelzolls schließlich auch nur klein sein, so ist der moralische Erfolg doch nicht zu unterschätzen. Die Reichsverwaltung hat alle Maßnahmen, darauf Bedacht zu nehmen, den Schatz am Vertrauen im Volke nicht zu verlieren, sondern zu verstetigen. Vor allem heißt es: Bis dat, qui obo dat. (Beispiel: Beifall links.)

Abg. Dr. Böck (Blg.): Bei der Kartoffeldebatte wurde dem deutschen Volke eine legendre Zeit vorausgesagt, eingetreten ist aber eine schwere Not. Weite Distrikte in Deutschland gibt es, in denen die Bevölkerung nahezu ausschließlich von Kartoffeln lebt. Für alle diese Leute bedeutet angesichts der allgemeinen Teuerung und der Wärme der Kartoffelgeröst ein Unheil. (Schallrichtung!) Und trotz des Mangels an Kartoffeln führen die Agrarier noch Kartoffeln aus. Auch ein großer Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist an der Verbilligung der Buttermittel sehr interessiert. Der Reichstag tut nur seine heiligste Pflicht, wenn er den Amtsträger des Kernes die Kartoffeln verbilligt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die Frage, ob eine Ermäßigung der Zölle auf Buttermittel angängig und geeignet sei, die Holz der Dürre in etwas abzuwenden, ist schon vor einigen Monaten hier eingehend erörtert worden. Die Regierungen haben die Durchführbarkeit und zweckdienlichkeit erhebender Maßnahmen ergriffen. Ich erinnere an die Ermäßigung der Eisenbahntarife und die Erlaubnis der Verwendung von Mais zu Brennzwischen. Einer zeitweiligen Aufhebung der Zölle auf Buttermittel standen aber grundsätzliche Bedenken entgegen. Niemand weiß besser, als die Verbündeten Regierungen und niemand bedauert es mehr als sie, daß der Einseitzaß des vorigen Sommers für zahlreiche Kreise der Produzenten und kleinen Konsumanten mit beeinträchtigtem Einkommen erhebliche Schwierigkeiten für ihre Lebenshaltung und Wirtschaftsführung im Gefolge hat. Dementsprechend haben die Verbündeten Regierungen und die beteiligten Reichsräte fortwährend geprüft, ob sich neue Wege öffnen, um die bestreiteten Mißstände zu beilegen oder abzuschaffen. Seit dem vorigen Herbst ist eigentlich nichts geschehen, was die Lage wesentlich verschärft hätte. Ich will noch einmal darauf hinweisen, daß sich eine ungünstige Ernte nur beim Hafer und bei den Kartoffeln ergeben hat. Bei letzteren schlägt beinahe ein Drittel des Jahresbedarfs. Der Mangel an Hafer war um so empfindlicher, weil infolge der ungünstigen Witterung in vielen Ländern kein voller Ertrag für die Buttermittel beschafft werden konnte. Die schlechte Haferernte ist auch im Hindernis auf die Maul- und Klauenrente zu lasten. Glücklicherweise ist

diese Seuche im Laufe des Winters erfolgreich bekämpft worden, und wir hoffen, daß sie sich noch weiter wird zurückdrängen lassen. Das Erntergebnis an Roggen und Gerste war für das letzte Jahr besser als im Vorjahr, dagegen ist auch ein erheblicher Ausfall an Weide- und Wiesenfutter nicht zu leugnen; auch unsere Nachbarländer haben schlechte Ernten gehabt. Die hohen Preise für Kartoffeln sind offenkundig Natur. Allgemein besteht diese Tendenz nicht. Die Fleischpreise haben sich seit vorigem Herbst nicht verändert. An Schweinen ist eine ganz enorme Steigerung des Auftriebes festzustellen, so daß die Preise für Schweinefleisch sogar gesunken sind. Von einer Fleischnot kann nicht die Rede sein. Voraussichtlich werden wir über die schwierige Frage der Fleischversorgung glücklich hinwegkommen. Die Aufhebung des Maiszolls ist grundsätzlich bedenklich und würde nichts helfen, da in den produzierenden Ländern selber Mangel besteht. Vorteile würde davon auch nicht den Konsum haben, sondern er würde beim Handel bleiben. Argentinischer Mais erreichte den deutschen Markt bisher überhaupt nicht, da die Ernte zu ungünstig war. Politische Maßnahmen müssen nichts, bevor nicht die neuen argentinischen Ernte da ist, und diese macht sich bereits dadurch bemerkbar, daß die Preisnotierungen für die kommenden Monate in einer natürlichen Rückbildung beginnen. Wollen wir jetzt eine größere Nachfrage durch Aufhebung des Zolls heraussuchen, so würden wir dadurch nur preissteigernd wirken. Die Zolltarifkommission der französischen Deputiertenkammer hat in diesen Tagen einstimmig beschlossen, eine Suspensionsperiode des Maiszolls abzulehnen, (hört, hört), da davon eine Wirkung nicht zu erwarten sei. Einmal anders liegt die Sache bei der Buttergerste. Aber der relativ niedrige Zoll hat nicht verhindert, daß, was hereinbrachte werden konnte, auch hereingeschickt werden ist; und wenn wir jetzt daran gehen würden, den Zoll zu suspendieren, würde auch hier wiederum die gestiegerte Nachfrage nur die Preise steigern, nicht zum Vorteil der Konsumen. Der Kartoffelzoll beweist nicht, die Kartoffeln im Ausland zu verteilen, sondern er will eine Kartoffel treffen, die weder als Kartoffel, noch als Butterkartoffel ernstlich in Betracht kommt, nämlich die Matatkartoffel. Diesen Zoll zu befreien, haben wir keinen Anlaß. Sollten aber ungerechtfertigte Erhöhungen und Belastungen eintreten, dann könnte man der Frage in irgendeiner Weise näher treten. Erhebliche Mengen von ausländischen Kartoffeln haben aber entgegen den Abschlüssen wegen der Witterung bis zum 16. Februar nicht eingeschafft werden können. Soweit höhere Gewalt angenommen werden kann, soll aus Billigleitsgründen der Zoll bis zum 30. April erlassen werden. (Bravo!) Jedenfalls wird eine wesentliche Erleichterung für die Industriekonföderation eintreten und damit auch für Gegenstände der menschlichen Ernährung und der Viehhaltung. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Stadthagen (soz.) sandt Befreitung der Interpellationen fort.

Abg. Herold (Blg.): Auch wir beklagen die hohen Lebensmittelpreise, die Preisgestaltung ist aber nicht die Sache des Parlaments oder der Regierung. Wacht man, wie die Sozialdemokratie es tut, die Gesetzgebung dafür verantwortlich, so ist das die heftigste Agitation, die sich denken läßt. (Beifall: Bravo!) Schließlich ist wohl die Regierung auch noch schuld an der vorjährigen Dürre! (Schr. gut! im Zentrum.) Die Landwirtschaft hat einen Interesse an billigen Buttermittelpreisen. (Hört, hört links.) Mit der Suspension des Kartoffelzolls bis zum 30. April sind wir einverstanden.

Abg. Arnsdorf (Blg.): Beide Interpellationen erkennen die Notlage der Landwirtschaft infolge der vorjährigen Dürre an. Das ist das einzige Echtheit an der ganzen Sache. Buttermittelzölle in eigentlichem Sinne gibt es nicht. Die Interpellationen beweisen, nur eine Breite in unserer Schatzpolitis zu legen. Dadurch, daß der Getreidzoll kein außerordentlicher ist, und die Differenzierung zwischen Brau- und Buttergerste nicht sicher genug gehandhabt wird, ist der Getreidebau in Deutschland fortgeschritten erheblich zurückgegangen. Die nachstehende Landwirtschaft arbeitet mit Verlust, den Proß bedenkt die Großkapitalisten und Alliante, welche die Viehmarkttaktiken gegründet haben, in die Tasche. Der Ausfall an Kartoffeln wird zum Teil dadurch ausgeglichen, daß weniger Kartoffeln als sonst erkannt sind, und daß die Spiritus- und Süßwarenfabrikation bedeutend zurückgegangen sind. Wie können selbst eine nur zeitweilige Suspension des Zolls nicht bestimmen, die eine Schädigung der Reichsstaate zu Gunsten des Auslands beobachten würde.

Abg. Bamhoff (Blg.): Wir müssen feststellen an der jetzigen Schatzpolitis. Die Suspension des Kartoffelzolls begreifen wir dogmatisch mit Freuden.

Abg. Stubbendorff (Rp.): Wir stimmen der zeitweiligen Aufhebung des Kartoffelzolls zu, vorausgehe, daß die russische Kartoffel einwandfrei ist. Die Aufhebung des Buttermittelzolls lehnen wir aber ab, da ausschließlich der Zwischenhandel Vorteil davon haben würde.

Abg. v. Grätschi (Blg.): Die Aufhebung des Kartoffelzolls ist unentbehrlich im Interesse der Arbeiterschaft zu begrüßen.

Abg. Dr. Will (Blg.): In Elsass-Lothringen ist die Grenzsperr für Fleischprodukte aufgehoben worden. Aber die Fleischpreise sind nicht zurückgegangen. Auch die Aufhebung der Ostzoll hat nicht besonders günstig gewirkt.

Rusland.

Telegrammwechsel zwischen dem neuen österreichisch-ungarischen Minister des Äußern und den leitenden Staatsmännern Russlands.

Wien, 21. Februar. Der russische Ministerpräsident Kofowhow und der russische Minister des Äußern Sasonow haben aus Anlaß der Ernennung des Grafen Berchtold zum Minister des K. und K. Hauses und des Äußern Gladwunsche telegramme an den Grafen Berchtold gefandt. Die Depesche des russischen Ministerpräsidenten lautet in deutscher Übersetzung:

Ich erlaube Ihnen, daß Sie, von Ihrem Souverän berufen, den Posten des Ministers des Äußern angenommen haben. Gestützt auf unsere alten Beziehungen bitte ich Sie, bei dieser Gelegenheit meine aufrichtige Gratulation und meine besten Wünsche entgegenzunehmen und an die besondere Genugtuung zu glauben, welche die Nachricht Ihrer Ernennung mich hat empfinden lassen. Ich bin gewiß, daß Ihre Bemühungen dahin zielen werden, die auf die Erhaltung des Friedens gerichtete gemeinsame Aktion unserer Regierungen noch wirksamer zu halten. (gez.: Kofowhow.)

Das Telegramm des russischen Ministers des Äußern Sasonow an den Grafen Berchtold lautet:

Empfangen Sie meine Gratulation und meine aufrichtigen Wünsche. (gez.: Sasonow.)

Das Telegramm des Ministerpräsidenten Kofowhow hat Graf Berchtold mit einer Depesche erwidert, die in deutscher Übersetzung lautet:

Sehr dankbar für die sympathischen Worte, die Sie die Güte hatten, mit aus Anlaß meiner Berufung auf den Posten des Ministers des K. und K. Hauses und des Äußern zu übermitteln. spreche ich meine aufrichtigen Wünsche dahin aus, daß die von eminenten friedlichen Gesinnungen geleiteten Bemühungen der beiden

Negligenzen zur Befestigung und Entwicklung der Beziehungen der beiden benachbarten und bestreiteten Reiche dienen werden. Ges.: Verchold.

Die Antwort des Grafen Verchold auf die Depesche des Ministers Sossonow lautet:

Sehr gerüht von den sympathischen Wünschen, die Sie die Güte hatten, mir auszutauschen, bin ich glücklich, die Gelegenheit zu haben, Ihnen einige ausgewählten Beziehungen, an die ich das beste Andenken bewahre, wieder anzukündigen. Ges.: Verchold.

Aus dem britischen Unterhause.

London, 21. Februar. Premierminister Asquith machte heute im Unterhause unter dem Beifall des Hauses die Mitteilung, daß seine Einladung an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Kohlenbergbau, morgen zu einer Besprechung mit ihm im Auswärtigen Amt zusammenzutreffen, von beiden Seiten angenommen worden sei.

Parlamentsunterstellt Acland gab bekannt, daß die Regierung die Absicht habe, die im vorigen Jahre vom Oberhaus abgelebte Seepreisbill während dieser Session wieder einzubringen.

Bei der Fortsetzung der Abrechnungsrede brachte der Radikale Bonsonby ein Amendment ein, in dem erklärte, die britische Regierung habe, indem sie es unterließ, willsame Schritte zur Aufrechterhaltung der Integrität und der Unabhängigkeit Persiens entsprechend dem Wortlaut des englisch-russischen Abkommen zu tun, eine schwere Bedrohung Indiens und der Lebensinteressen Großbritanniens zugelassen. Bonsonby bedauerte, daß Sir Edward Grey seinen Kritikern unterstellt habe, sie vertraten eine Politik möglichst zahlreicher Einmischungen in allen Teilen der Welt und möglichst weniger Freundschaften. Was er, Bonsonby, jedoch verlangte, sei gerade Nichteinmischung. Wenn ein Land von inneren Unruhen zerissen werde, so sollten seine besten Freunde beide Seiten seien. Russland jedoch habe die Gelegenheit ergriffen, in Persien schneller vorwärtszugehen, und England habe sich einer erniedrigenden Zustimmung schuldig gemacht.

Er sei überrascht gewesen, als Grey in Manchester trotz der russischen Ostupensionsarmee in Persien und trotz der Unterdrückung in allen Teilen des Landes und der Hinrichtungen erklärt habe, der Friede des englisch-russischen Abkommen sei erreicht. Es könne doch kein Zweifel sein, daß der Vertrag gebrochen worden sei. Tatsächlich besteht weder auf englischer Seite bei Russland noch auf persischer Seite der Wunsch, England zu bekämpfen, noch auf russischer Seite der Wunsch, England zu bekämpfen. Das einzige, was nötig sei, sei, daß England sich entschlossen zeige, darauf zu sehen, daß Russland seine vertragsmäßigen Verpflichtungen ausführt.

Der Radikale Roxell gab der Hoffnung Ausdruck, daß Grey keinen Zweifel darüber bestehen lassen werde, daß das Einvernehmen mit Russland nur unter Bedingungen fort dauern könnte, die für das persische Volk leichter zu tragen wären und der britischen Ehre mehr entsprechen.

Der Unionist Mark Sykes erklärte, es sei nicht bewiesen, daß die russische Besetzung von Persien unndig oder die über gewisse Personen verhängten Strafen unverdient seien. Die gegenwärtige Lage enthalte jedoch keine zukünftiger Gefahren, wenn England nicht sofort eine bestimmte Stellung einnehme.

Nach weiterer Diskussion antwortete Staatssekretär Grey auf die Kritiken an seiner persischen Politik. Er betonte, daß das englisch-russische Abkommen auf beiden Seiten innegehalten worden sei. Der russische Einfluss sei nicht genutzt worden, um die strategische Lage der indischen Grenze ungünstiger zu gestalten, als sie vor dem Abkommen war. Die Anwesenheit der russischen Truppen in Nordpersien sei durch verschiedene Ursachen hervorgerufen worden. Innerhalb der letzten Jahre seien die russischen Truppen bereits einmal zurückgezogen worden. Diese Tatsache müsse als Beweis dafür gelten, daß die Entsendung der Truppen nicht auf Grund eines vorher erwogenen Planes zur Besetzung Persiens erfolgt sei. Es handen auch türkische Truppen jenseits der Grenze in Persien. Sie seien allmählich immer weiter vorgeschoben worden. Wenn die strategische Lage Russlands bedroht und durch das Vorstoßen der türkischen Truppen geschädigt würde, so sei Russland vollkommen befugt, zum Schutz seiner Interessen jede Maßregel, die es für nötig halte, zu ergreifen. Die Regierung habe sich geweckt, den früheren Schah anzuerkennen, doch könne dieser gar nicht ausgewiesen werden. Den früheren Schah sei mitgeteilt worden, daß er besser läte, das Land zu verlassen. Sir Edward Grey ging dann auf die letzte gemeinsame Rote Ruhrlands und Englands ein. Man hoffe, daß eine größere Anleihe auf dem gewöhnlichen Wege ausgebracht werden würde, um der persischen Regierung Geldmittel zu beschaffen. Es sei nicht leicht, die persische Regierung zu halten und die Wiederherstellung der Ordnung zu sichern. Das Amendment wurde darauf zurückgezogen.

Die französisch-spanischen Marokkoverhandlungen.

Paris, 21. Februar. Über die heute zwischen Garcia Prieto, Geissay und Bunsen stattgefundenen Unterredung wird aus Madrid gemeldet, daß Spanien endgültig folgende Punkte annehmen: 1. Schlichtung einiger Reklamationen durch ein internationales Schiedsgericht, 2. allgemeines Schiedsgericht für alle mit dem künftigen Abkommen zusammenhängenden Fragen, 3. Vereinbarung der Zolltarife, 4. Verpflichtung Spaniens, seine Rechte auf die ihm zu überlassende Zone an niemanden, auch nur zeitweise, abzutreten, 5. Revision des Madrider Abkommen von 1885, betreffend das Schutzverhältnis der Eingeborenen. Was die Ernennung des Vertreters des Sultans in der spanischen Zone anlangt, so verlangt Spanien eine möglichst baldige Ernennung dieses Vertreters und besondere Bürgschaften für dessen Befugnisse. Bezüglich der Bahn Tanger-Tet schlägt Spanien vor, daß die Betriebsgesellschaft der französischen Strecke 30 Proz. ihrer Einnahmen der spanischen Gesellschaft überlässe, welche lebhafte 30 Proz. ihrer Einnahmen der französischen Gesellschaft zu überlassen hätte. Der "Tempo" bemerkte, daß dies für Frankreich einen beträchtlichen Nachteil bilden würde, da die französische Strecke weit größer ist als die spanische. Die Frage der Gebietskompenstationen wurde noch nicht erörtert, da bei der Wahl des Reichstagpräsidenten sprechen.

Spanien um eine genauere Feststellung der französischen Ansprüche ersucht hat.

Aus der Duma.

Sankt Petersburg, 22. Februar. Die Reichsduma verhandelte über die Interpellationen der oppositionellen Parteien, betreffend die Ausschließung der Urheber der Studentenunruhen von den Universitäten, sowie betreffend das provisorische Verbot von Studentenversammlungen in Hochschulräumen. Der Unterrichtsminister Koslow beantragte die Interpellationen und führte aus: Der Ministerrat sei der Meinung, daß private Versammlungen von Studenten nur zu akademischen Zwecken zulässig seien. Es sei nicht der Ansicht, daß darunter auch die Absicht, einen Streit zu proklamieren, zu verstehen sei. (Beifall auf der Rechten.) Ohne die Maßnahmen, welche die Regierung getroffen habe, wäre der Studentenstreit überall einstimmig proklamiert worden, und binnen acht Tagen würden alle Hochschulen geschlossen gewesen seien. Der Minister wäre alsdann darüber interpelliert worden, welche Maßnahmen er zu ihrer Wiedereröffnung zu ergriffen gehabt. (Andauernder Beifall rechts und im Zentrum.) Die von der Regierung getroffenen Maßnahmen seien gewiß streng gewesen. Die Regierung habe sie aber in Erwartung eines besseren getroffen, das davon überzeugt, daß sie damit einem Teile der Studenten die Unterbrechung ihrer Studien erspare. Der Minister schloß seine Rede mit der Erklärung, daß Unterrichtsministerium, das mit Arbeit überhäuft sei, nicht wohl geneigt, es möglich den Universitätskörpern zu überlassen, den Fortgang des Unterrichts an den Universitäten zu gewährleisten. Die baldige Erfüllung dieser Aufgabe würde das Ministerium der Notwendigkeit entheben, wieder Zwangsmassnahmen zu ergriffen.

Der italienisch-türkische Krieg.

Rom, 21. Februar. (Meldung der "Agenzia Stefani".) Das Deutsche Bureau hatte vor einigen Tagen gemeldet, daß 500 italienische Soldaten auf den Tigranineln im Roten Meer gelandet wären. Diese Nachricht ist durchaus unrichtig. Weder ein Soldat noch ein Matrose ist auf diesen Inseln oder an einer anderen Stelle der arabischen Küste des Roten Meeres ausgeschiffzt worden.

Tripolis, 21. Februar. (Meldung der "Agenzia Stefani".) Zahlreiche flüchtige Araberfamilien aus Chetna haben sich hier eingefunden und eine Anzahl von Männer gewehren abgeliefert.

Die Lage im Norden Chinas.

Charbin, 21. Februar. Der Befehlshaber der Besatzung von Judsadjan ist angewiesen worden, die Urheber des Handstreiches auf Judsadjan sowie andere Unruhestifter als Reiterer und Blünderer zu behandeln. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen. Zahlreiche Hinrichtungen werden erwartet. — Urga ist zur Hauptstadt der Mongolei erklärt worden. Von der mongolischen Regierung wird ein Boll auf chinesische Waren eingetrieben. Die Erklärung Chinas zur Republik wurde von den hiesigen Chinesen begrüßt. Einige schritten sich die Böpse ab.

Mulden, 21. Februar. Der republikanische Oberbefehlshaber der Mandchurie, Lantienwei, verlangte von Tschaoerhüm die Amtsübergabe, andernfalls drohe er, die Stadt gewaltsam einzunehmen. Die Bevölkerung ist unruhig; der Handel stödt.

Roosevelt über das Antitrustgesetz.

Columbus (Ohio), 21. Februar. Roosevelt erklärte, heute in einer Rede vor dem hiesigen konstitutionellen Kongress, soweit es gegen Kombinationen in Anspruch genommen werden könnte, die tatsächlich Monopole bilden. Soweit aber keine Wirkung ungewiß sei oder soweit es Korporationen bedrohe, die sich keines antizipatorischen Verhaltens schuldig gemacht hätten, richte es nur Schaden an.

Der Aufstand in Mexiko.

Washington, 21. Februar. Nach amtlichen Meldungen breite sich die Anarchie in Mexiko immer mehr aus. Mehrere Städte sind in den Händen der Aufständischen. Die Proteste von Amerikanern gegen die Plünderungen werden immer zahlreicher. Gestern hat nach telegraphischen Meldungen bei Thalatha an der Südgrenze von Mexiko ein Schattmühl stattgefunden, wobei die Rebellen 37 Tote, die Landmili 11 Tote und 9 Verwundete hatten. Die Rebellen zogen sich schließlich zurück.

Die kleine politische Nachrichten.

Paris, 21. Februar. Marineminister Delcassé wird sich an Bord eines Linienschiffes des Norddeutschen Lloyd begeben, um den Flottenmanövern an der Küste des Kanals beizuwohnen. — Gestern ist der Vizepräsident des Staatsrats Georges Coulon, einer der angesehensten Juristen Frankreichs, gestorben. — St. Petersburg, 21. Februar. Der Finanzminister hat in der Reichsduma einen Gesetzentwurf betreffend besondere Militärsteuern für die Personen eingeführt, die von der Wehrpflicht freistehen. — Christiania, 21. Februar. Das Storting wählte heute abend den früheren Staatsminister A. Berg mit 105 Stimmen, das Abstething den ehemaligen Staatsminister A. Berg mit 42 Stimmen zum Präsidenten. — Konstantinopel, 21. Februar. Trotz offiziellen Dementis laufen noch immer Gerüchte von einem Wechsel im Großerstaat um, der in etwa 14 Tagen zu erwarten wäre. Das jungtürkische Komitee soll beschlossen haben, den Minister des Innern an die Spitze der Regierung zu bringen. — Paris, 21. Februar. Aus Tanger wird gemeldet: Der Pascha von Mogador ließ 32 eingeborene Kretten, die der spanische Konul von Melilla aus nach Melilla befördern wollte, durch Reiter abspringen und einsperren. — Washington, 21. Februar. Das Gesetz des Zolltarifs für Chemikalien, wodurch viele chemische Produkte und Drogen auf die Freiheit gelegt werden, ist heute vom Repräsentantenhaus mit 178 gegen 127 Stimmen angenommen worden.

Parteidynamik.

Dresden, 22. Februar. Der Vorstand des Nationalliberalen Landesvereins hielt Mittwoch, den 21. Februar, in Dresden eine Sitzung ab, in der die politische Lage und die Vorgänge im Reichstag besprochen und beschlossen wurde, den Landesausschuss auf Sonntag, den 10. März, nach Leipzig einzuberufen. Der Reichstagabgeordnete Bassermann wird über die politische Lage im allgemeinen und über die Vorgänge

Arbeiterbewegung.

* Ein Aufruf, den der alte (sozialdemokratische) Bergarbeiterverband an die deutsche Arbeiterschaft richtet, bemerkte, es sei sehr wahrscheinlich, daß die Bergarbeiter zum Kampfe auffordern müßten. Gedenksatz rechnete auch die Unternehmer schon mit dem Ausbruch eines Kampfes. In dieser Hinsicht, so wird der "Volkischen Zeitung" dazu aus Elsen geschrieben, deutet sich die Ansicht des Bergarbeiterverbandes nicht mit der Ansicht der Arbeitgeber im Bergbau im Aufrüttel. Die Führer des alten Bergarbeiterverbandes spielen mit dem Geiste eines Sympathiekreises im Aufrüttel für den Fall, daß es in England zu dem befürchteten allgemeinen Aufstand der dortigen Bergarbeiter kommen sollte. Selbst wenn der Aufstand in England nicht mehr zu vermeiden wäre, würde ein Sympathiekreis im Aufrüttel zwar in der Absicht der Führer des alten Bergarbeiterverbandes liegen, aber die Führer des christlichen Gewerbevereins haben für diesen Fall in den letzten Wochen wiederholte entschiedene Ablage öffentlich gegeben. Auch die öffentliche Meinung würde für einen solchen für die deutsche Industrie verderblichen Sympathiekreis im Bergbau zugunsten der Bergarbeiter sehr wenig Verständnis haben. Der alte Bergarbeiterverband wird aber wohl ohne die Entwicklung der christlichen Organisation einen solchen Streit allein nicht gut unternehmen können. Ein Streit lediglich wegen der Forderung von Lohnsteigerungen liegt aber zurzeit nicht im Bereich der Wahrscheinlichkeit, denn die Löhne im Aufrüttel haben seit fast zwei Jahren eine steigende Tendenz. Sie liegen in den letzten Monaten schneller und werden nach den jüngsten Ausgaben der Arbeitgeberorganisation auf Grund der am 1. April eintretenden erhöhten Lohnsätze noch weiter erheblich steigen. Zu einem Lohnkampf im Bergbau im Aufrüttel liegt darum gar kein Anlaß vor, und ein Sympathiekreis hätte in der Waffe der Arbeitnehmer und in der öffentlichen Meinung keine Grundlage.

Böhm, 22. Februar. An der Spitze der Forderungen der Aufrüttler steht die Erhöhung des Durchschnittslohnes um 15 Proz. und die Beseitigung der großen Lohnunterschiede der gleichartigen Arbeiter. Weiter wird verlangt die Festlegung der Abholzungsklausuren auf den 25. jeden Monats, Einführung der Achtfundertsechzig, einschließlich Ein- und Ausfahrt und der Sieben- bez. Schätzfundensicht bei hohen Arbeitsstellen.

London, 21. Februar. In dem Streit der Glasgower Hafenarbeiter hat der Schiedsrichter zugunsten der Arbeitgeber entschieden.

Zur Lage der Elbenschiffahrt im Jahre 1911.

Der konzessionierte Sächsische Schiffverein erstattet soeben seinen Jahresbericht für die 67. ordentliche Hauptversammlung, die am Sonnabend, den 24. Februar, vormittag 11 Uhr im oberen Saale des Hotels "Zu den drei Raben" stattfindet. In dem Bericht wird gesagt, daß das Jahr 1911 die Stunden, welche die Elbenschiffahrt im Jahre 1910 erzielte, nicht nur nicht gezeigt, sondern sie im Gegenteil noch verschärft hat. Die Berufe, welche die abgelaufene Schiffsaisonperiode einem großen Teile der Elbenschiffahrtunternehmer brachte, sind ganz bedeutend. Aber nicht die Unternehmer haben solche Berufe zu beklagen, sondern auch jene Schiffsbürokraten ic., die der langandauernde Bettelschlund zum unfreiwilligen Heilern zwangen. Wenn es überhaupt möglich sein sollte, die vorherrschenden Schäden wieder weit zu machen, welche die Elbenschiffahrt in den letzten Schiffsaisonperioden und insbesondere im Jahre 1911 erlitten hat, so wird es dann jenes mehrere günstiger Jahre bedürfen. Wenn bei einem Teil der Elbenschiffahrtunternehmungen, so bei der Österreichischen Nord-West-Dampfschiffahrtsgesellschaft, der Deutschen Dampfschiffahrt-Aktiengesellschaft, der "Ebe"-Dampfschiffahrt-Aktiengesellschaft und einer großen Reihe von Privatgesellschaften die Not des Jahres 1911 zum Teil gar nicht, z. T. nur ganz gering in die Erziehung treten sollte, so bewirkt das nichts gegen das Vorhergegangene, denn die voraussichtlich günstigen Jahresabschlüsse dieser Unternehmen sind nicht einem lohnenden Geschäft während der verlorenen Schiffsaisonperiode zu verdanken, sondern sie gründen sich lediglich auf die vor Jahren abgeschlossene sehr günstige Verpachtung ihrer Betriebsmittel an andere dadurch schwer belastete Schiffahrtunternehmungen. Der Winter 1910/11 glich vollständig dem vorangegangenen Winter. Es herrschte vorwiegend milde regnerisches Wetter und nur wenige Tage brachten niedrige Temperatur und Eisgang. Die Elbenschiffahrt kam infolgedessen auch in den Wintermonaten Januar und Februar 1911 zu keiner Ruhe. Beladungen zu Berg und zu Tal nahmen, wenn auch in beschrankten Umfangen, ihren letzten Fortgang. Der Wasserstand war gut, die Frachten hingegen so niedrig, daß einer angemessenen Gegenleistung keine Rübe sein konnte, insbesondere, wenn man das vergleichende Geschäft bedenkt, das ein Frachtführer im Winter doch zweifellos eingeht. Zu der seit Monate April währenden Trockenheit gehörte sich im Juli eine intensive Dürreperiode, die natürlich ein weiteres Sinken des Elbwasserstands zur Folge hatte. Die Umstände zwangen schließlich dazu, Ende Juli — der Dresdner Pegel zeigte am 31. Juli 1911 einen Wasserstand von 226 cm unter Null — den Elbenschiffahrtbetrieb gänzlich einzustellen. Mitte September waren die ungewöhnliche Dürre überstanden zu sein. Zu dieser Zeit eintretende mäßige Niederschläge brachten eine geringe Besserung des Elbwasserstands, so daß im letzten Drittel des Septembers versuchsweise der Schlepp- und sonstige Schiffsahrtbetrieb bei dem immer noch sehr ungünstigen Wasserstande von 210 cm unter Null aufgenommen wurde. Erst im legenden Drittel des November trat eine Erholung des Wassers, um wenige Centimeter ein, während der normale Stand überhaupt erst in den letzten Dezembertagen erreicht wurde.

Auch die jährliche Personendampfschiffahrt, die am 8. Juli 1911 das Jubiläum ihres 15-jährigen Bestehens feierte, hat unter der Niederschwefelkatastrophe 1911 schwer leiden müssen. Das Personendampfschiffsgeschäft war bis in die zweite Hälfte des Julis außerordentlich zusiedenstellend. Dazu hatte nicht nur günstiges Wetter während der Österfesttage, während der Baumblüte und während der Pfingstferientage, sondern auch durch die Dresdner Hygiene-Ausstellung bewirkte verdeckte Fremdenzug, beigetragen. Wegen des sehr sinkenden Wasserstandes mußte aber schon im legenden Juli-Drittel eine Beschränkung der Personalfahrten eintreten. Sie folgte noch verzögerten Besuchern und Anstrengungen, die Fahrten wenigstens teilweise aufzurütteln, am 9. August 1911 bei einem Wasserstand von 228 cm unter Null am Dresdner Pegel notwendigungen die vollständige Betriebeinstellung. Erst am 24. September konnten die Personalfahrten wieder aufgenommen werden, also zu einer Jahreszeit, in der die Bewertung der Personendampfschiffahrt erheblich geringer ist. Es war dieser daher auch nicht möglich, in den Monaten Oktober bis Dezember einen Teil der großen Verluste gutzumachen, die der lange Betriebsstillstand während der sonst ertragreichsten Monate gebracht hatte.

Bücher- und Zeitschriftenhau.

Neue Bücher und Druckschriften:

— Ludwig Staub. Gesammelte Novellen. Verlag von Wolf Sonn u. Co. in Stuttgart. 2 M. 50 Pf.
— Deutsches Civilprozeßrecht von Dr. Wilhelm Küch, Prof. an der Universität Straßburg. I. C. 2. Aufl. 3 Bändchen. (Sammlung Götsche Nr. 428/30.) Leipzig, v. J. Götschensche Verlagshandlung. Geb. 80 Pf.
(Fortsetzung nächste Seite.)

— Die Entwicklung der Heeresorganisation seit Einführung der hegenden Heere von Otto Reuschler, Hauptmann und Führer im 3. März. Heerstillegierung mit Nr. 49, I: Geschichtliche Entwicklung bis zum 8. August des 19. Jahrhunderts. (Sammlung Gothaer Nr. 552.) Leipzig, G. J. Göschensche Verlagshandlung, Geb. 80 Pf.

— In der Sammlung befehlender Unterhaltungsschriften für die deutsche Jugend, begründet und herausgegeben von Hans Vollmer in Hamburg. Herausgeber Peter Verlag, G. m. b. H. Berlin-Wilmersdorf; Bd. 41 Hugo Schomburg, Auf Schneisen und zu Fuß durchs Sauerland, 1 M., 50 Pf. — Bd. 39/40 Die Entwicklung der modernen Verkehrsmittel. Von Georg Biedermann, 1. Band Domus, 2. Band: Elektricität und Treibstoff. Geb. jeder Band 1 M., 50 Pf.

— Naturgeschichtliche Volksmärchen, herausgegeben von Prof. Dr. Dönhardt. Mit Bildern von O. Schwabachheim, I. Bd. 4. Aufl. Geb. 2 M., 40 Pf. Leipzig und Berlin, Verlag von G. G. Teubner.

— Miniaturbibliothek für Sport und Spiel des Verlags von Grethlein u. Co. in Leipzig; Bd. 36: Das Büchleinjäger. Von Konrad Elster, 1 M., 20 Pf. — Bd. 37: Eis-Hockey nebst den offiziellen Eis-Hockeyregeln.

Bon Dr. W. Schomburg, 40 Pf. — Bd. 38/39: Land-Hockey nebst den offiziellen Regeln des Hockeyspiels. Von Kurt Doerr, 1 M., 20 Pf.

— Eduard II. Tragödie von Christopher Marlowe. Deutlich von Alfred Walther Heymel. Leipzig, im Insel-Verlag, Geb. 3, geb. 4 M.

— Jahrbuch der Sachsischen Missionskonferenz für das Jahr 1912. 26. Jahrgang. Leipzig, Verlag von H. G. Wallmann, 2 M.

— Versicherungsgegen für Angeklagte vom 20. Dezember 1911. Erläutert von K. Reinel, Reg.-Rat, K. V. Landesberat. München und Berlin, J. Schweizer Verlag (Arthur Sellier), Geb. 1,80 M.

— Die Zeitschrift. Herausgeber Albert Helm's. Hamburg und Berlin, Verlag von Alfred Janzen, 2. Jahrgang, 10. Heft, 50 Pf.

— Nord und Süd. Eine Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Ludwig Stein. Verlag von S. v. Schottlaender in Dresden, 36. Jahrgang, 2. Februarheft, 1 M.

— Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst. Herausgeber George Kleinow. Berlin SW. 11. 71. Jahrgang, Heft 7, 50 Pf.

— Das formelle Grundbuchrecht von Oberlandesgerichtsrat Dr. G. Krebsmar in Dresden. (Sammlung Gothaer Nr. 549.) Leipzig, G. J. Göschensche Verlagshandlung, Geb. 80 Pf.

— Der Verlag G. G. Teubner in Leipzig und Berlin veröffentlicht jährlich einen neuen Katalog über seine Lehr- und Hilfsbücher für Handels- und Kaufmännische Fortbildungsschulen, der eine übersichtliche Zusammenstellung der der Herausbildung der Kaufmännischen Jugend dienenden Literatur bietet. Dieser Katalog lädt erfreut, in welcher Weise die Firma besteht ist, auch auf diesem Gebiet den neuen methodischen Anforderungen zu entsprechen und anderseitig durch Pflege der methodischen und wissenschaftlichen Literatur an den Förderungen der Umgangssprache mitzuwirken, dem vor allem die neue "Methodik des kaufmännischen Unterrichtswesens" dienen will.

— In Dr. Bastian Schmid's naturwissenschaftlicher Schülervorlesung: Physikalisch Experimentierbuch, Teil II., von Prof. Hermann Rebenstorff in Dresden. Anleitung zum Experimentieren für mittlere und reife Schüler. Bis 87 Abbildungen. Verlag von G. G. Teubner in Leipzig und Berlin.

Bekanntmachung.

Die durch anderweitige Wahl des Unterzeichneter freigewordene Stelle des Bürgermeisters der Bergstadt Altenberg ist alsbald wieder zu besetzen. Als Diensteinommen werden gewünscht 2400 M. Gehalt (incl. Standesamtentlastigung) und Dienstwohnung im Rathause (nebst freier Beleuchtung). Einige Hundert Mark Nebeneinkommen stehen in Aussicht. Bewerbungen nebst Lebenslauf und Zeugnissen sind bis zum 5. März o. hier einzureichen. Persönliche Vorstellung vorläufig verboten.

Altenberg, am 21. Februar 1912.

Der Stadtgemeinderat.

Herrn, Bürgermeister.

Mitteldeutsche Privat-Bank, Aktiengesellschaft, Magdeburg.

ordentliche Generalversammlung

unserer Aktionäre wird hierdurch auf Sonnabend, den 23. März, nachmittags 4 Uhr nach dem Hotel „Magdeburger Hof“, Magdeburg, Alte Ulrichstraße 4, einberufen.

Tagesordnung:

1. Vorlegung der Bilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung für das verflossene Jahr mit dem Bericht des Vorstandes und den Bemerkungen des Aufsichtsrats über diese Vorlagen.
2. Beschließung über die Bilanz und die Gewinn- und Verlust-Rechnung, sowie über die Verteilung des Reinvermögens.
3. Erteilung der Entlastung an Vorstand und Aufsichtsrat.

4. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.

Aktionäre, welche ihre Stimme nicht ausspielen wollen, müssen ihre Aktien oder die darüber lautenden Depotscheine der Reichsbank oder eines Notars mit einem arithmetisch geordneten Nummernverzeichnis bis spätestens Mittwoch, den 20. März 1912 entweder bei einer unserer Effektenläden in Magdeburg, Hamburg, Dresden, Leipzig, oder unserer übrigen Niederlassungen, oder in Berlin

bei der Deutschen Bank, oder der Berliner Handels-Gesellschaft, Kommerz- und Disconto-Bank, Nationalbank für Deutschland,

oder in Frankfurt a. M., bei der Deutschen Bank, Filiale Frankfurt a. M., oder bei Herren J. Dreyfus & Co.

innerhalb der üblichen Geschäftsstunden gegen Empfangsbefreiung hinterlegen und bis nach der Generalversammlung derselbst belassen. Stimmbücher werden bei den Hinterlegungsstellen ausgehändigt, bei welchen auch der Geschäftsbericht für das Jahr 1911 nebst Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung vom Freitag, den 1. März 1912, ab in Empfang genommen werden kann.

Hinzu füllt der geistlich zugelassenen Hinterlegung bei einem Notar verweisen wir auf § 10 unseres Gesellschaftsvertrages.

Mitte 1912, Magdeburg, den 21. Februar 1912.

Bill-, Tisch- u. Küchenwäsche.

Nur solideste Fabrikate.

Margarethe Stephan & E. Brink.

Wachsmalstiftsgesellschaft,
Breitestr. 4.

Familiennachrichten.

Geboren: Ein Knabe: Herr Polizeipraktikant Aban Mühlé in Köthenbroda; Herr Rechtsanwalt Ludwig Thöpelin in Leipzig; Frau Theo Körner in Chemnitz. — Ein Mädchen: Herr Postverwalter Otto Meyer in Ripp of; Herr Gerichtsassessor Dr. Aden in Chemnitz; Herr Rechtsanwalt Dr. Emil Küngel in Dresden; Herr Ernst Stramann in Landskrona (Schweden); Herr Baumeister G. Frommelt in Leipzig.

Verlobt: Dr. Leutnant Alexander Grone mit Fr. Martha v. Azelius in Leipzig; Dr. Lieut. theol. Erich Lamroth, eand. roy. min. in Königsberg, mit Fr. Elly Schüter in Leipzig; Dr. Dr. med. Waldemar Arnold in Riedau i. S. mit Fr. Frieda Jädel in Leipzig; Dr. Dr. phil. Kurt Schäfer mit Fr. Elsa Metthes in Leipzig; Dr. Leutnant Jürgen v. Kamin in Berlin mit Fr. Katharina v. Kamin in Neuenland.

Vermählt: Dr. Walter Seydel mit Fr. Olga Heyne auf Rittergut Walden.

Geforben: Dr. Emil Dittmann, Bademeister in Dresden; Dr. Julius Bierke (52 J.) in Borsdorf; Frau Selma verw. Böttner geb. Hempel (52 J.) in Blaurock; Frau Anna Gräfin v. Reichenbach (78 J.) in St. Gallen; Dr. Otto Victor Chares, Eisenbahnenleiter in Radebeul; Dr. Friedr. Max Bernhard in Dresden; Frau Franziska Augusta Steinbacher geb. Damm in Dresden; Dr. Kaufmann Richard Freund (55 J.) in Leipzig; Frau Louise Minna Illing geb. Schuhmann (53 J.) in Chemnitz-Altenhof; Dr. Nebelauer Friedr. Avenarius in Leipzig-Stötteritz; Fr. Emma Friedrich aus Böhmen b. Dresden; Frau Olga Marie Hanck geb. Sebastian in Blauen i. Vogtl.; Fr. Martha Rüsch (21 J.) in Blauen i. V.

Mitteldeutsche Privat-Bank, Aktiengesellschaft.

Schultze.

Invalidendank für Sachsen

Verein zur Hebung der wirtschaftlichen Lage deutscher Invaliden

Tredden, Seestraße 5, L.

Annoncen-Expedition (Offert-Gebühr wird nicht berechnet).

Lotterie-Kollektion.

Effeten-Kontrolle (Garantie).

Theaterbillettkafe, Häuserverwaltung.

Wasserstände der Elbe und Moldau.

Budweis Rodian Brandis Weind Leitmeritz Aufzig Dresden

21. Febr. — 8 + 84 + 28 + 10 + 146 + 49 — 108

22. Febr. — 5 + 206 + 29 + 11 + 36 + 79 — 100

Tief ergriffen von den über alles Erwartete zahlreichen Beweisen wohlthuernder Liebe und Verehrung unseligen Entschlafenen, des Herrn

Kaufmann und Stadtrat

Carl Weigandt

Ritter hoher Orden

sprechen wir allen, welche durch Wort oder Schrift, Blumenpende und ehrendes Geleit unsern herben Schmerz zu lindern suchten, unsern herzlichen Dank aus.

Wie trostreich flangen die Worte des Herrn Oberkonistorialrat Superintendant Dr. Benz, welche Freude und Liebe sprach auf der Seele des Mitvorsteher des Dogenstädte-Vereins, wie anerkennend gedachte der Sprecher des Gewerbevereins seines Vorstandsmitgliedes und wie ergriffen er waren die Oddetow-Lingen ihren Bruder!

Unvergesslich, wie unser lieber Vater selbst, wied und die feierliche Stunde blieben, in welcher wir heute von ihm mit seinen Freunden Abschied genommen haben.

Nochmals Allen ein inniges „Habt Dank!“

Dresden, den 21. Februar 1912.

Lisbeth Weigandt geb. Jenisch
Margarete Krüger geb. Weigandt
Hans Weigandt
Dr. med. Fritz Krüger
Margarete Weigandt geb. Seyboth
im Namen der sämtlichen hinterbliebenen.

Residenztheater.

Operetten-Abschlussvorstellung, 2. Serie.

Der unsterbliche Lump.

Operette in drei Akten von Helig Dörmann. Musik von Edm. Eysler. Anna Reisleinzer G. Mengel Hans Ritter, Lebber G. Sulfürle Marie, seine Frau A. Diacovo H. Jönnens H. Körner Eber Abel, seine Ehefrau L. Klein Die Kammerherrin E. Weich H. Hammann Kinder A. Wirth Ein Rechtsanwalt T. Reichter Hammann, Schulsohn C. Bauer Der Gefängnisprediger W. Detmier B. Abel, Schriftsteller P. Wehner G. Siverts H. Meier G. Konsul, Konsulatrat, H. Jilz der Herr Schummann D. Walther Line, seine Frau A. Verden Ein Gefangener E. Höffl Witwe Thelen Luise Hilde Dora A. Schindler

Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Sonntags: 1/4 4 Uhr: Der Edelweissknig. — Abends 8 Uhr: Der unsterbliche Lump.

Centraltheater.

Eva (das Abenteuer). Operette von Franz Lehár. Text von Dr. A. R. Willner und Robert Bodenky.

Oskar Haubert B. Ahn Nathusen, Diener B. Klein Dagob. Milchens O. Rigner Boiss, Buchhalter L. Köppel Pepita Paquerette A. Hegner Brunelles C. Busch Bernard Larousse R. Venedy Antoine, Werkführer A. Sadié Eva G. Aufscha Fredy H. Friedrich

Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Sonntags: 1/4 4 Uhr: Weltmeisterschaften: „Peter Jagd nach dem Glücks“. — 8 Uhr: Eva.

Victoriasalon.

Varieté-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Verausgegeben von der Königl. Expedition des Dresdner Journals. — Druck von G. G. Teubner. — Hierzu eine Beilage und Landtagssbeilage Nr. 54.

Kunst und Wissenschaft.

Königl. Opernhaus. (Fünftes Symphoniekonzert Serie B.) Die Veranstaltung, das traditionelle "Nachmittwochskonzert", erhielt einen besonderen Charakter durch die Mitwirkung eines Gesangssolisten, des Hrn. Kammerjäger Walter Soomer. Der Künstler war zum Vortrag der Ballade „Obbe Stammesken“ von P. A. v. Klenau berufen, die im Mittelpunkte der Vortragordnung stand. Dem hier als Symphoniker bereits bekannten Komponisten, einem Dänen von Geburt, war bei der Aufführung seiner dänischen Lieder offenbar die menschliche Stimme als ein „Rebeninstrument“ erschienen. Seien wir ehrlich, er schuf sein Werk gar nicht vom Standpunkte eines Gesangskomponisten aus, und Hr. Soomer sah sich mit seinem Organ und seinem Vortrag auf einen verlorenen Punkt gestellt. Hier hätte Klenau die leichte Folgerung aus seinen orchesterlichen Reaktionen ziehen und sich offen und ehrlich zum Melodrama bekennen müssen. Seine Ballade in ihrer jetzigen Gestalt ist ein künstlerisches Unding. Sie ist zugleich auch ein warnendes Beispiel für die aesthetische Begeisterungsverirrung, zu der eine schrankenlose Vorherichtigkeit der Instrumentalmusik geführt hat. Wer wird unsere herliche Kunst aus dieser Konfusion retten? Angesichts solcher Kunsterzeugnisse wie diese Ballade gibt es nur den einen Ruf: „ zurück zu Mozart!“ Das ist der Meister, der uns lehren kann, daß die menschliche Stimme das vornehmste und auffälligste aller Instrumente ist. Ein ehrender Applaus für den tapferen Sänger — das war alles, was die Komposition in den Hören auslöste. Walter Braunfels mit seiner (Manuskript-) Ouverture zur heiteren Oper: „Prinzessin Brambilla“ hatte danach einen vortheilhaften Stand und er kann sich für sein Werk auch einer freundlicheren Aufnahme rühmen. Indessen viel „Heiterkeit“ langt uns aus der Ouverture nicht heraus, jedenfalls keine leichtbeschwingte. Sie soll farbenreiche Leben und Treiben schildern. Man verzehe es uns, da vermühten wir die Impression in der Luft, für die der Feinschmeier Riecke schwärmt, wenn er an die „Lichtschauer des Südens“ dachte. Braunfels, der tüchtige Thüringer-Schüler, verzeigt uns jedenfalls nicht über die Alpen hinweg, sondern belässt uns in der — Münchner Atmosphäre. Was der edle Wein, das Weinland wirkt, das sieht man immer wieder an dem göttlichen Schubert. Das Bild des alten Wien mit seinem Stephansdom und — last not least — mit seinem „Heutigen“ in der Umgebung, den er freilich zu erwähnen vergibt, läßt Schumann vor den Lefern in seinem Bericht über die Auffindung der herrlichen C-dur-Symphonie auftauchen, die man gestern an erster Stelle und als Hauptwerk spielte. Hat er nicht recht? — Nun, und unser v. Schuch, der gestern so unvergleichlich schön dieses Schuberts ewig junges Werk dirigierte, was verkörpert er uns anders als den Typus einer Kunst, der die Geister der Anmut und Grazie und eines frisch-pulizierten Temperaments zu eignen hat? Seine Wiege stand nicht umsonst in der schönen Haupstadt der grünen Steiermark, von der es in einem Wortspiel heißt, sie sei „la ville des grâces au rivage de l'amour“ (Bur.)

O. S.

Wissenschaft. Auf Günthersdorf bei Neusalz ist jetzt im Besitz des Hrn. v. der Lanzen-Wagenitz die Bibliothek Wilhelm v. Humboldts aufgefunden worden. Humboldt hatte sie ursprünglich auf seinen Sohn Hermann vererbt. Der Fund förderte ein bisher verloren geglaubtes Werk Humboldts zutage, die bis zur Widmung drucktägliche Schilderung der basischen Reise, die Humboldt im Jahre 1801 unternommen hat. Dank dem Entgegenkommen des Hrn. v. der Lanzen-Wagenitz wird die Handschrift in dem für Supplamente bestimmten 13. Bande der von der Berliner Akademie der Wissenschaften herausgegebenen „Gesammelten Schriften Wilhelm v. Humboldts“ erscheinen.

In Portugal hat sich eine chemische Gesellschaft unter dem Namen „Sociedad Chemical Portuguesa“ mit dem Sitz in Lissabon gebildet.

Literatur. Aus Eisenach meldet man: Erich Korns Drama „Die goldenen Drärry“ hatte bei der Uraufführung einen starken Erfolg. Es kam zu mehrfachen Herunterrufen des Dichters, der selbst die Regie führte. Das Stück schildert das Schicksal eines südafrikanischen Goldgräbers, der verschiedene Kaufe seines Minen abweist und verzweifelt im Selbstmord endet. Die einzelnen Personen sind treffend charakterisiert.

„Casanova am Rhein“, ein Spiel in drei Aufzügen von Armin Friedmann und Paul Frank, gelangt am morgigen Freitag im Josephstädter Theater in Wien zur Uraufführung. In Deutschland interessiert sich für die Darstellung der Titelrolle der Direktor des Berliner Residenztheaters Richard Alexander.

Der Wiener Stadttag hat für das Lessing-Denkmal einen Platz am Rathause bestimmt.

Bildende Kunst. Aus Berlin wird gemeldet: Der zweite Tag der Versteigerung Weber brachte 116320 M., so daß die Versteigerung insgesamt bis jetzt über 3 Mill. M. ertragen hat. An spannenden Momenten stand der zweite Tag etwas hinter dem ersten zurück, hin zu sehr anständigen Preisen weggelingt. Die höheren Preise, worunter bei der Weber-Versteigerung die ein sind, zeigte erst die Mittagskunde. Den Vogel nach Tiepolo ab, dessen „Kreuzigung“ und „Kreuzigung Christi“ zusammen nicht weniger als 130000 M. brachten. Der große Pariser Kunsthändler Sedlmeyer erzielte den Guichot. Den nächst höchsten Preis erzielte mit 76000 M. Goyas „Bildnis des Don Tomás Pérez Estala“ (Kunsthalle Hamburg), desselben Meisters „Revolutionsscene“ brachte es wider Erwarten nur bis auf 20000 M. (Museum Budapest). Von Rubens erzielte „Das apokalyptische Weib“ 55000 M. (Museum Budapest), das vielfach als eigenhändig angewiesene Bildnis der Helena Fourment 48000 M. (Museum Insanit Maria Theresia von Velasquez zahlte der

russische Sammler Konenga 45000 M. Die Puttos, „Maria als Himmelskönigin“ und „Die Rückkehr der heiligen Familie“, gingen für 34000 M. bez. 32000 M. weg. Den Hauptvorschlag des gestrigen Tages bildete Hans Hals’ „Männliches Bildnis“, das gegen Schluss versteigert wurde und vom Berliner Kunsthändler Schwerenz für 195000 M. für eine ausländische Galerie erworben wurde.

Ferner wird aus Berlin gemeldet: Für eine Erweiterung des Rauchmuseums tritt dessen neuer Leiter Prof. Dr. Hans Radowsky ein. Er hat dem preußischen Kultusministerium eine diesbezügliche Denkschrift eingereicht, in der vor allem darauf hingewiesen wird, der Plastik Schadow einen breiteren Raum im Museum anzueignen. Ob das Ministerium diese Pläne, deren Ausführung natürlich auch mit Kosten verknüpft ist, bewilligen wird, steht noch dahin.

Bei Christie in London erzielte eine „Heilige Familie“ von Rubens 30450 M., ein Porträt einer Dame von Velasquez 10080 M. Sieben Bilder, die Rembrandt zugeschrieben werden, brachten bloß 14868 M.

In dem Wettbewerb der Stadt Pforzheim zur Erlangung von Entwürfen für ein Krematorium, Leichenhalle und Friedhofskapelle, sowie für die Erweiterungsanlagen des Friedhofs wurde der gemeinschaftliche Entwurf des Berliner Architekten G. Bünchmann und Garten-Architekten J. P. Großmann (Deutsche Werkstätten für Gartenkunst) mit dem 2. Preis von 3000 M. ausgezeichnet.

† Der Wiener Gentemaler Trentin ist gestorben. Trentin hat an der Wiener Akademie und in München studiert. Im Jahre 1891 vollendete er ein Bild des österreichischen Kaisers für den Sitzungssaal des Ministeriums des Innern.

Musik. Aus Köln wird berichtet: Im Metropoltheater findet am nächsten Sonnabend die Uraufführung der Operette „Boldis Hochzeit“ statt, deren Komponist Dr. August v. Othegraven ist. Das Libretto ist von dem Konzertmeister Willi Seibert.

Aus London wird uns geschrieben: Im Britischen Museum ist nun die große Schenkung aufgestellt worden, die König Georg dem Museum gemacht hat: die Sammlung der kostbaren Manuskripte von Händel, die sich bisher im Besitz des englischen Königshauses befanden. Die ausgestellten Handschriften umfassen den Messias, Judas des Priesters, Judas Makkabäus, Joshua und Zephja.

Die Originalpartitur des Joshua hat eine besondere musikhistorische Bedeutung, da sie noch jenen monumentalen Begegnungsschluß enthält, der später in den Judas Makkabäus überging. Die Manuskripte verraten den unruhigen, lähmenden Geist des großen Musikers, hastige, schnelle Schriftzüge, die Partitur ist unter mit Linie beschmiert, und man sieht sogar die Abdrücke einer achtlos auf das Papier gesetzten Kaffeetasse. Die Schenkung König Georges umfaßt auch Originalhandschriften von Beethoven und Liszt, die später ausgestellt werden sollen; die ganze Sammlung wird erst aufgestellt finden, wenn der Umbau des Museums vollendet ist.

Theater. Aus Glauchau schreibt man uns: Direktor Voosch vom bietigen Stadttheater, dessen Ensemble auch in Grimmaischau Gastspiele gab, hat erklärt, daß er nicht imstande sei, die am 16. d. M. fälligen Gagen zu zahlen und deshalb die Direktion niedergelegt. Die Mitglieder haben beschlossen, das Unternehmen unter Leitung dreier Regisseure und des Kapellmeisters auf eigene Rechnung weiterzuführen.

Theater, Konzerte, Vorträge.

* Im Residenztheater wird täglich (außer Montag) abends 8 Uhr die Operette „Der unsterbliche Lump“ aufgeführt. Sonnabend Montag geht erstmals die Schauspielen „Ich oder Du“ von Henry Dunay, deutsch von Robert Sauss, in Szene. Am Sonntag nachmittag wird bei ermäßigten Preisen die beliebte Posse „Polnische Wirtschaft“ gespielt. Das Weihnachtsmärchen „Der Edelweißknig“ wird jeden Mittwoch und Sonnabend nachmittags bei ermäßigten Preisen gegeben.

* Abendmotette in der Trinitatiskirche, Freitag, den 23. Februar 1912, abends 8 Uhr. J. Steinberger, I. Satz aus der Phantasieop. 65 für Orgel. F. Thomé, Andante religioso für Cello, Harfe und Orgel. G. A. Fischer, Seligpreisungen für Sopranolo und gemischten Chor. J. Haydn, Andante für Cello und Orgel. W. Kienzl, Seligpreisung für Sopranolo, Harfe und Orgel. W. Bruch, Kol. Rideti für Cello und Orgel. H. Boellner, Seligpreisungen aus op. 90 für Männerchor, Sopran und Bassionolo, Harfe und Orgel. Mitwirkende sind: Hr. Doris Walde (Sopran), Hr. Lydia v. Birwix (Harpfe), Dr. Richard Hertel (Bariton), Dr. Hans Jährmann (Orgel), Hr. Rudolf Kratina (Cello). Der ständig und freiwillige Kirchenchor. Die Leitung der Motette hat Dr. Kantor Joh. Techir. Der Eintritt ist frei. Tegte an den Kirchenräumen.

* Morgen, Freitag, 1/2 Uhr, Palmengarten, Schumann-Brahms-Abend von Prof. Percy Sherwood (Klavier) unter Mitwirkung von Margarete Gerhäuser (Sopran) aus Hannover. Symphonische Studien, Fabel op. 12 und Rötelieb D-dur von Schumann, Fis-moll-Sonate, Ballade (Intermezzo) op. 10 und Capriccio C-dur von Brahms; sechs Lieder von Schumann, fünf von Brahms. (Karten bei J. Ries.)

Mannigfaltiges.

Dresden, 22. Februar.

* Der Präsident der Zweiten Kammer der Ständeversammlung Dr. Dr. Bogel hatte für gestern Einladungen zu einem parlamentarischen Abend im Ständehaus ergehen lassen. Von 8 Uhr abends ab versammelten sich, von dem Gastgeber auf das liebenswürdigste begrüßt, in den Räumen des zweiten Geschosses die Geladenen, unter denen sich außer den Präsidenten und Mitgliedern der beiden Ständekammern die Staatsminister Dr. v. Otto, Generaloberst Frhr. v. Hausen, DDr. Beck, Graf Bismarck v. Eickstädt und v. Seydelwitz, zahlreiche Regierungskommissare, die Spiken staatlicher und städtischer Bedörden, hervorragende Persönlichkeiten im öffentlichen Leben Dresdens, Vertreter von Kunst und Wissenschaft, der Presse u. d. anden. Es mochten über 250 Herren sein, die der Einladung Folge geleistet hatten. Gegen 1/2 Uhr begab

sich man von den Empfangszimmer in die eigentlichen Räume, in denen Büssets errichtet waren und gebedete Tafeln zum Niederschreiben einzuladen. Bei den Klängen der Kapelle des Gardekorps regiments, und während man den vorsätzlichen Darbietungen aus Küche und Keller zusprach, entwidmete sich hier alsbald eine lebhafte Unterhaltung. Erst gegen Mitternacht verabschiedete sich die Mehrzahl der Geladenen unter dem Ausdruck des lebhaften Dankes für die genossene Gastfreundschaft von dem liebenswürdigen Wirt. — Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags waren dem parlamentarischen Abend ferngeblieben.

= Der im Dezember verstorbenen Realchuloberlehrer a. D. M. J. Voigt hat die Stadtgemeinde zu seiner Universalerbin eingelegt mit der Auflage, von dem nach Auszahlung mehrerer Vermächtnisse verbleibenden Betriebe des Nachlasses (etwa 26000 M.) eine Stiftung zu gründen, deren Erträgnisse zur Unterstützung von würdigen Armen und Kranken und zur Versorgung bedürftiger Schulkind mit Frühstück zu verwenden sind.

= Nach der gestrigen Meldung von Leitmeritz, wo bei einem Wasserstand von 150 cm über Null Eisgang eingetreten war, konnte man annehmen, daß die Eisfahrt heute früh hier vorüberkommen werde. Das ist jedoch nicht geschehen, vielmehr muß das Eis unterwegs und zwar noch in Böhmen, wieder stehen geblieben sein. Nach einer Privatmitteilung soll dies in der Gegend von Aussig geschehen sein, von wo auch nur eine Wasserzunahme von 30 cm gemeldet wird. In Leitmeritz ist das Wasser von gestern zu heute sogar um 110 cm gefallen und es ist sicher, daß nur der infolge der geringen Wasser mengen mangelnde Druck die Ursache ist, daß die Eisfahrt wieder zum Stocken gekommen ist. — Heute nachmittag teilte uns die Königl. Wasserbaudirektion mit, daß heute vormittag 10 Uhr in der Nähe von Schönau bei 33 cm unter Null Eisgang begonnen hat.

* Rächsten Dienstag, den 27. d. M., abends 8 Uhr findet in den Spiegelsälen des „Eldorado“, Steinstraße 15, nahe Amalienplatz, ein von den Dresden Nationalen Ausschüssen und dem Nationalen Landesausschusses veranstalteter Vortragsabend statt. Dr. Landtagsbibliothekar Dr. Lille wird über „Die Lage im Reiche“ sprechen. Die Einführung nationalgeistiger Männer und Frauen ist erwünscht. An den Vortag schließt sich eine allgemeine Ausprache an.

* Aus dem Südwürttembergischen-Fonds des Deutschen Flottenvereins ist wiederum einem ehemaligen Reiter der Schuttruppe, jetztigen Dresden Einwohner, eine Geldunterstützung gewährt worden.

* Der Dresden Ortsverein für Frauenstimmmrecht veranstaltet am 4. März 1/2 Uhr nachm. im Palast-hotel Weber am Postplatz einen Tee. Frau Dr. Lindesay-Reustädt wird über die jüngsten Kämpfe der englischen Frauenechtlerinnen, an denen sie in den letzten Wochen selbst teilgenommen hat, sprechen. Hr. Rosika Schwimmer, die Führerin der ungarischen Frauenbewegung, hält einen Vortrag über das Thema „Was die Frauen am notwendigsten brauchen“, während Hr. Doris Walde, die hochgeschätzte Dresden Konzert-sängerin, und die Recitatorin Hr. Friederike Stritt den für literarischen Teil des Programms übernommen haben. Karten für Nichtmitglieder 2,50 M. (einschließlich Billettsteuer) sind in der Buchhandlung Carl Titzmann, Brüderstraße 24, unter der Kategorie „Kartensteuer“ zu 1,50 M. (einschließlich Kartensteuer) bei Hr. Johann Bauch, Seidenpferplatz 4, I. gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte (auf schriftliche Bestellung gegen Nachnahme) zu entnehmen. Tee und Erdbeeren sind in dem Preise für die Eintrittskarte mit inbegriffen.

* In der gestrigen Helferzusammenkunft des Verbands für Jugendhilfe, Dresden, Lotzinger Str. 2, II., sprach Dr. Oberamtsrichter Oberjustizrat Dr. Wely über „Das Handwerkszeug der Jugendhilfe im Geseze“. Sinen Ausführungen entnehmen wir: Die Jugendhilfe findet Schwierigkeiten darin, daß vielfach die Helfenden nicht imstande sind, sich die Begriffe und Bestimmungen des Gesetzes ohne weiteres anzueignen. Ohne sie aber fehlt die Grundlage, auf der sie zu bauen, daß Handwerkszeug, mit dem sie zu arbeiten haben. Besonders gilt dies von der elterlichen Gewalt und der vormund-schaftlichen Fürsorge. Die elterliche Gewalt ist keine vormund-schaftlich übertragene Gewalt, sondern ein unmittelbarer Ausfluß der Stellung der Eltern zum Kind. Sie steht dem Vater und nach seinem Tode bei nicht wieder verheirateten Mutter zu und gibt Recht und Pflicht, das Kind zu erziehen, zu beaufsichtigen, seinen Aufenthalt zu bestimmen. Bei geschiedenen Eltern verliert der für schuldig erklärte Teil das Recht der Sorge für die Person des Kindes. Beide Eltern haben das Kind zu unterhalten. Bernachlässigung dieser Pflicht kann zu Strafungs- und Strafmaßregeln führen. Gegen schuld-hafte Verleugnung der Sorgepflicht, die das geistige oder leibliche Wohl des Kindes gefährdet, schreitet das Vormund-schaftsgericht ein. Sie kann zur Anordnung der Fürsorgeerziehung führen. Diese tritt auch auf Grund von Anordnungen des Vormund-schaftsgerichts und des Strafgerichts in anderen Fällen ein, insbesondere zur Sicherung des völlig sittlichen Verderbens der Kinder-jährigen. Sie wird vom Gerichte angeordnet, von der Polizeibehörde — Stadtrat oder Amtshauptmannschaft — durch Unterbringung in eine geeignete Familie oder in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt unter öffentlicher Aufsicht ausgeführt. Diese Unterbringung kann vom Vormund-schaftsgericht auch auf Antrag des Erziehungsberichtigen angeordnet werden, dessen Richtmittel gegenüber dem Kinder-jährigen verfallen. In vielen Fällen empfiehlt es sich, diesen Antrag herbeizuführen. Der Verband für Jugendhilfe betätigt sich bei Fürsorgeerziehung durch Stellung von Fürsorgern für in Familien Untergebrachte, durch Erörterungen, durch die von ihm vielfach erfolgreich ausgeübte Schulaufsicht. Uneheliche Kinder bedürfen besonderer Beachtung in ethischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht. Takt und Menschenliebe ist bei der Sorge für sie geboten. Es empfiehlt sich Festlegung der Unterhaltpflicht der Väter durch Vermittlung des Vormund-schaftsgerichts. Bei Vorschlag und Bestellung von Vormändern ist auf ihre Umhaut, Erfahrung und Hilfsbereitschaft Gewicht zu legen.

Bedeutungsvoll ist die gesetzliche Form und Wahrnehmung, die der Rat zu Dresden durch das Fürsorgeamt über in Dresden aufzuhaltende uneheliche Kinder ausübt und auf Grund dessen im Jahre 1911 etwa 275 000 M. an Unterhaltszahlungen unehelicher Väter eingezogen wurden. Eingehender und erweiternde Ausführungen des behandelten Stoffes erfolgen in den vom Verbande für Jugendhilfe eingerichteten demnächst beginnenden Vorlesungskursen. Hieran schloß sich eine angreifende Aussprache.

* Vor der zweiten Strafammer des hiesigen Königl. Landgerichts sollte sich heute der Handelsmann Karl Hermann Drexler aus Leipzig wegen Unzucht mit einem Kinde verantworten. Diese Verhandlung mußte ausfallen, da Drexler seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht hat.

* Die fünfte Strafammer des hiesigen Königl. Landgerichts verhandelte heute nachmittag gegen den noch nicht 19 Jahre alten Schacharbeiter Karl Svoboda aus Leipzig wegen Straftäufes und Diebstahls. Am 9. April v. J. hat der Angeklagte gemeinschaftlich mit dem 16 Jahre alten, gegenwärtig stützigen Arbeiter Wenzel Kuz auf der Staatsstraße bei Potschappel der Schneiderei Berthold mit Gewalt gegen deren Person ein Handtäschchen, enthaltend eine Anzahl Sachen und 5 M. bar Geld, entriß, sowie am 11. April in Leubnitz der Arbeiterin Kleinert auf einfache Weise ein Handtäschchen, enthaltend vier Schlüssel und etwas bares Geld, weggenommen. Das Urteil lautete auf ein Jahr drei Monate Gefängnis. Ein Monat wurde als verbüßt angerechnet.

* Aus dem Polizeiberichte. Berliner Firmen, sogenannte Adressenverlage, kündigen auch in hiesigen Zeitungen Nebenverdienst durch leichte Beschäftigung an.

Personen, die sich daraus hinnehmen, erhalten Prospekte zugeliefert, in denen sie zunächst zur Einsendung von Geld für das erforderliche Anfangsmaterial (Adressatlas, Schema und nächste Information) aufgefordert werden.

Den Firmen ist es hauptsächlich um Erlangung dieses Geldes zu tun; denn die meisten Rezipienten können mit den Sachen nichts anfangen und haben das Geld verloren, wenn sie nicht, dem Prospekt gemäß, rechtzeitig das recht teuer berechnete Anfangsmaterial zurücksenden. Vorsicht ist also geboten.

Beim Überqueren der Fahrbahn der Fürstenstraße wurde am Montag ein siebenjähriges Mädchen von einem Straßenbahnenwagen umgerissen. Da es unter die Schuhvorrichtung geraten war, mußte der Wagen, um es aus seiner Lage zu befreien, hochgehoben werden.

Ein Steuerbote trug das Kind sogleich zu einem Arzte,

der feststellte, daß es außer Quetschungen und Hautabschürfungen einen ersten Schaden nicht erlitten hatte. Wie Augenzeugen versichern, trifft den Wagenführer keine Schuld.

Einen Bruch des linken Unterschenkels erlitt am Dienstag ein Schlossergeselle auf der Leipziger Straße dadurch, daß er von einem Tafelwagen heruntergestoßen wurde, auf dem er in Gesellschaft anderer, ihm fremder Personen umherfuhr.

* Bericht der Landeskriminalpolizei. Der, wie

vorgestern berichtet, am 19. Februar 1912 bei Meißen tot aus der Elbe gezogene unbekannte Mann, in dem später ein hiesiger, jetzt 18. Dezember 1911 vermißter, 58-jähriger Einwohner festgestellt wurde, ist nach den unter Leitung der Königl. Staatsanwaltschaft Dresden von der Landeskriminalpolizei angestellten Erörterungen und dem Ergebnis der beiztäglichlichen Untersuchung keinem Verbrechen zum Opfer gefallen, sondern hat durch mäßliche peluniäre Verhältnisse und Arbeitslosigkeit schwermäßig geworben, zweitens den Tod freiwillig in der Elbe gesucht. Die Fesselung der Hände mit einer Schnur hat nach der Art der Ausführung der Verborne, der ein guter Schwimmer war, offenbar selbst, und zwar deshalb vorgenommen, um sich an einer Selbstrettung zu verhindern. Das in seinem Munde vorliegende Taschentuch war sein Eigentum.

* Auch über dem Vorort Blasewitz hatte "Prinz Karneval" sein Szepter geschwungen und auf Straßen und Plätzen ein anderes ungewohntes Bild inmitten des Alltagslebens entwickelt. So ganz besonders konnte man dies im Hotelrestaurant "Goethergarten" wahrnehmen.

In den gästlich geschmückten Räumen, die bis auf den letzten Platz gefüllt waren, herrschte ein buntes, fröhliches Treiben. Mit einem abwechslungsreichen Programm bot der neue Pächter Dr. Reinhart seinen Gästen mannigfache Überraschungen und vorzügliches aus Küche und Keller.

Aus Sachsen.

* Die selbständigen Dachdecker im Königreich und in der Provinz Sachsen befinden sich gegenwärtig in einer großen organisatorischen Bewegung. Kürzlich fanden in Leipzig und in Dresden große Versammlungen der Arbeitgeber im Dachdeckerhandwerk statt, in denen nach Referaten des Obermeisters Horn und des Arbeitgeberverbandsvorstandes Annahme fand: "Die nach Dresden und Leipzig einberufenen Versammlungen sämtlicher Dachdeckermeister des Königreichs und der Provinz Sachsen einverstanden und halten einen Zusammenschluß der bestehenden Innungen und Verbände für eine unabdingbare Notwendigkeit. Die Versammlungen versprechen, die in den einzelnen Bezirken und Amtshauptmannschaften den Organisationen noch fernstehenden Berufsangehörigen zum Beitritt zu den bestehenden Innungen und Verbänden zu veranlassen und einige Gründungen von Innungen in die Wege zu leiten. Diese Einzelverbände sollen dann zu einem Landesverband zusammengefaßt und dem Zentralverband deutscher Dachdeckermeister angegliedert werden." In der Kreishauptmannschaft Lauenburg ist bereits ein Arbeitgeberverband der Dachdecker zur Tat geworden und für Radeberg und Umgegend ist eine solche Neubildung gesichert. Im übrigen wurden in den genannten Versammlungen Beratungen über Preisvereinbarungen, Tarifabschlüsse, Lieferantenverträge und ähnliche Fachfragen gepflogen.

*

Leipzig, 22. Februar. Die Stadt Leipzig wird im Jahre 1913 voraussichtlich einen so gewaltigen Fremdenstrom zu verzeichnen haben, wie wohl bisher noch nie. Zu der großen Zahl der ständigen Besuchern kommen die Teilnehmer des Allgemeinen Deutschen Turnfestes, das im Sommer 1913 in Leipzig abgehalten werden wird, dann die ungeheuren, wohl nach

hunderttausenden zahlenden Besucher der Stadt, die an der Einweihung des Volkschlachtdenkmals teilnehmen. Da eine ganze Festwoche, in der u. a. ein historischer Zug stattfinden wird, der Erinnerung an das Jahr 1813 gewidmet sein wird, so wird der Verkehr in dieser Zeit voraussichtlich einen in Leipzig noch nie erlebten Umfang annehmen. Es ist ein glücklicher Umstand, daß um diese Zeit schon der neue Hauptbahnhof, dessen erste Hälfte bereits im Frühjahr dem Verkehr übergeben wird, seinen Zwecken dienen kann. Wenn man nun noch die Scharen von Menschen hingerechnet, die durch die Weltausstellung für Bau- und Wohnwesen, deren Gelände dem Volkschlachtdenkmal vorliegt, ist, während sechs Monaten, von Mai bis November, nach Leipzig gegangen werden, so wird wohl niemand noch daran zweifeln, daß Leipzig im nächsten Jahre der Schauplatz eines Massenverkehrs sein wird, wie ihn vielleicht bis jetzt noch keine deutsche Stadt aufzuweisen hatte. Wie bedeutend der Besuch der Ausstellung werden wird, läßt sich aus der Tatsache erkennen, daß heute schon, mehr als ein Jahr vor Eröffnung der Ausstellung, 60 Vereine und Verbände der Ausstellungsbeteiligung mitgeteilt haben, daß sie ihre Tagung aus Anlaß der Ausstellung in Leipzig abhalten werden oder einen gemeinsamen Besuch ihrer Mitglieder beschlossen haben. Außer diesen feststehenden Kongressen sind aber bereits gegen 400 weitere Tagungen und gemeinschaftliche Besuche mit gleicher Sicherheit in Aussicht gestellt.

* Zur Erleichterung des Besuchs der Leipziger Weltausstellung beabsichtigt die Staatsseisenbahnverwaltung in diesem Jahre erstmals die Abfertigung von Sonderzügen zu ermäßigten Preisen von Görlitz, Dresden, Chemnitz und Bautzen (Vogtl.) nach Leipzig. Als Verkehrstag für diese Sonderzüge ist Donnerstag, der 7. März in Aussicht genommen.

Rosslau, 21. Februar. Hrn. Kirchschullehrer Robert Müller in Rosslau, dem bekannten erzgebirgischen Dialektdichter, der früher in Waldenburg bei Augustusburg als erster und dirigierender Lehrer wirkte, wurde für herausragende Dienste um die deutsche Turnfahrt der Ehrenbrief der Deutschen Turnerschaft verliehen.

Radebeul, 21. Februar. In der heiligen den Gebr. Bär gehörenden Farbenfabrik entstand durch das Überlaufen von Färberei Feuer. Jedoch wurde durch das schnelle und sichere Eingreifen der Fabrikfeuerwehr der Chemischen Fabrik v. Heyden großer Schaden verhindert. Ein Arbeiter der Firma Bär erlitt bei Löschversuchen mehrere Brandwunden.

Borna b. Chemnitz. Als neuer Gemeindevorstand wurde unter 72 Bewerbern Steuerklassiker Köller aus Willau i. S. einstimmig gewählt.

Aus dem Reiche.

Berlin, 21. Februar. Zu Ehren des Reichstagspräsidenten Raemps veranstaltete die fortschrittliche Volkspartei gestern abend ein Festmahl, woran etwa 140 Personen teilnahmen.

Hamburg, 21. Februar. Die Bürgerschaft hat dem Antrag des Senats entsprechend 20½ Mill. M. zum Bau einer elektrischen Bahn in die Waldbornerwerke bewilligt.

Hamburg, 21. Februar. In der Ortschaft Schiffbek fuhr heute nachmittag ein Chauffeur aus Charlottenburg in eine Schar spielender Kinder, die trotz rechtzeitiger Warnung die Straße nicht verlassen hatten. Ein dreijähriges Mädchen war sofort tot, ein Knabe wurde verletzt.

Uerdingen, 22. Februar. Durch Selbstentzündung entstand gestern abend in der Uerdinger Baumwollspinnerei-Aktiengesellschaft ein verheerender Brand. Die großen Fabrikgebäude standen im Augenblick in Flammen. Die Ausgänge waren verqualmt, so daß die beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sich nur mit großer Mühe retten konnten. Man befürchtet, daß drei Personen in den Flammen umgekommen sind. Zwei Personen wurden schwer verletzt. An ihrem Aufkommen wird gezwifelt.

Stuttgart, 21. Februar. In Weinsheim ist der frühere Erzieher des Grafen Geyzelin, der schwäbische Pfarrer Robert Oser, im Alter von 86 Jahren gestorben.

Aus dem Auslande.

Reichenberg (Böhmen), 21. Februar. In der Gemeinde Bünzendorf, dort an der reichsdeutschen Grenze, brachen gestern drei Kinder auf dem Schulweg auf dem Eis eines kleinen Teiches ein. Ein Mädchen konnte gerettet werden, die Geschwister Hilda und Josef Buchelt, Kinder eines Gathosbesitzers, verschwanden unter dem Eis und fanden den Tod.

Moskau, 21. Februar. Der Regent von Braunschweig, Herzog Johann Albrecht, ist mit Gemahlin hier eingetroffen.

Christiania, 21. Februar. Wie "Aftenposten" erfaßt, ist heute ein Matrose eines hier liegenden Kanonenbootes unter Bewachung mit einem heute abgehenden Dampfer nach Hull geschickt worden. Es soll sich um einen in England naturalisierten Deutschen handeln, welcher der Spionage zugunsten Deutschlands beschuldigt wird.

Paris, 21. Februar. Vor dem Kriminalgerichtshof von Aix en Provence begann der Prozeß gegen den der Veruntreuung angeklagten Polizeihauptmann von Uldschka Bandori. Als Zeuge ist General Loutès erschienen, der feinerster Bandori und den ehemaligen Regierungskommissar Desailleur verhaftet ließ. Der letztere ist gleichfalls als Zeuge geladen, ist bisher aber noch nicht erschienen.

Paris, 22. Februar. In einem Autobuschuppen gerieten gestern abend zwei Wagen in Brand. Die Untersuchung ergab, daß das Feuer durch die Explosion eines in mehreren Glasdrähten enthaltenen verdächtigen Flüssigkeit verursacht worden war. Man bringt den Vorfall mit dem bereits seit einigen Monaten andauernden Chauffeurausstand in Zusammenhang.

Lorient, 22. Februar. Das strafrechtliche Verfahren gegen den der Spionage beschuldigten italienischen Anarchisten Albertini, der im Marinakanal Beschäftigung gefunden hatte, ist eingestellt worden. Gleichzeitig wurde über Albertini die Bandesverweisung verhängt.

Rouen, 22. Februar. Der hiesige Municipalrat beschloß, ein Flugzeug anzukaufen und es der Armee anzubieten. In Belfort ist zu demselben Zwecke eine öffentliche Subskription eingelegt worden. In mehreren anderen Städten wurden Schritte getan, um diesem Beispiel zu folgen.

Lissabon, 22. Februar. Zwölf wegen Teilnahme an monarchistischen Umtrieben auf dem Fort Arto do Duque gefangene gehaltenen Verschwörer sind mit Hilfe eines zusammengeknöpften Seiles entwichen.

New York, 21. Februar. In dem Hoosac Tunnel im Staate Massachusetts, dem längsten amerikanischen Tunnel, ist es 2500 Fuß von der westlichen Einfahrt zu einem Zusammenstoß zwischen einem Personenzug und einem Güterzug gekommen. Gestriges Feuer und schwere Explosionen machen es unmöglich, bis zur Unglücksstelle vorzudringen, und die Behörden glauben, daß das vor Sonnabend oder Sonntag nicht gelingen wird. Bis dahin ist der Verkehr unterbrochen. Soweit bis jetzt bekannt ist, sind vier Personen getötet und 17 Güterwagen zerstört worden.

New York, 21. Februar. In Houston (Texas) brach heute ein Großfeuer aus, das sich auf eine Fläche von einer Meile Länge und einer Breite von sieben Häuserblocks ausdehnt. Viele Wohnhäuser, Fabriken und Kirchen fielen dem Flammen zum Opfer. Gegen 1000 Personen sind obdachlos. Der Schaden wird auf 5 Mill. Doll. geschätzt. 50000 bis 60000 Baumwollballen sind zerstört worden.

Wetterbericht der Königl. Landeswetterwarde zu Dresden.

Wettertelegramme aus Sachsen vom 22. Februar früh.

Station	Höhe	Temp. gelassen		Beobachtungen heute nach 7 Uhr				
		Std.	Blitz	Wind	Wol.	Wasser		
Dresden	120	4.1	7.8	1.1	8.3	NNW 1	befried., trocken	
Leipzig	120	4.0	8.0	2.8	8.4	NE 1	- -	
Bautzen	200	3.9	6.0	3.8	2.1	W 2	- -	
Großröhrsdorf	220	4.1	4.5	11.5	3.3	NW 2	trüb, trocken	
Sittig	240	1.3	5.0	1.8	3.0	NW 2	befried.	
Chemnitz	260	1.9	4.8	7.8	2.7	NW 1	n. angebt., trocken	
Wilsdruff	280	2.4	4.6	-	2.1	SW 1	befried., jdn. Nebel	
Brandis	280	2.5	4.8	8.1	1.7	N 2	befried., trocken	
Schneeberg	425	7.4	4.8	1.8	3.2	W 3	befried., n. feucht	
Borsigwalde	500	-	0.4	4.8	2.7	1.5	W 2	befried., trocken
Kruschwitz	652	0.5	3.8	4.0	0.8	W 3	- -	
Wilsdruff	751	-	0.3	2.0	2.7	- 1.0	N 2	n. angebt. R. Nebel
Reichenbach	772	-	0.7	1.4	3.9	- 0.8	N 2	- -
Großhartmannsdorf	1213	-	3.0	2.1	5.7	- 1.0	NW 2	- -

Unter Berlegung des Maximums von 770 mm nach Nordosten der Luftdruck rasch zugenommen; ein ausgebreitetes Hochdruckgebiet bedeckt den gesamten Kontinent, während sich die Depression im Westen auf die britischen Inseln beschlägt. Damit ist ruhiges, vielleicht nebliges, fächerförmiges Weiter eingerichtet. Weiterhin steht bei allmählicher Aufklärung eine höhere Temperaturabnahme in der Nacht bevor.

Ausblick für den 23. Februar: Ostwind; aufheimernd; fächerförmig.

Jagd und Sport.

* Von den bisher für das zweite Dresdner Schieß-Tagestreffen vollzogenen Engagements interessiert besonders das von Saldow-Lorenz, den Siegern des Vorjahrs. Auch die Sieger des Mainzer Schieß-Tagestreffens, Ludwig und Rosellen, werden starten. Beste Starter sind noch: de Mara, Schilling, Boulain, Miquel, Baule, Kubel, Marx, Finn, denen sich die Dresdner Neuner, Hübner, Graf und Rosenblücher gesellen. Um Sportfreunden und Interessenten die Gelegenheit zu geben, die Jagd bereit vorher lernen zu können, findet die sibische Verteilung mit den Faehern und Managern über die Wettkampfbestimmungen u. d. J. Dienstag, den 27. d. M., abends 10 Uhr, im "Palmengarten", Birnbaumstraße, statt. Jede Mannschaft wird mit ihren Deuten möglichst an einem Tische vereint sein, so daß die Orientierung für jeden leicht ist.

* Winterportverein Oberwiesenthal, 21. Februar. 20 cm hohen Neuschnee, noch anhalten der Schneefall bei 1 Grad Celsius.

* Am Sonntag den 3. März soll von Johann-Georgsbad der diesjährige Kampfwettkampf des Leipziger Skiflubs, C. E., ausgehen und weiter um den Keilberg herum gelegt werden. Treffpunkt Hotel de Saxe 8 Uhr morgens. Start Markt oder Nähe. Meldungen sind zu richten an den ersten Postwart Herrn Rich. Morawietz, Leipzig-Südost, Eichstädtstraße 76. Nichtmitglieder können am Nachlaufe ebenfalls als Teilnehmer teilnehmen.

Sien, 21. Februar. Der Landtag nahm einen Antrag an, 20 000 Kronen als Preis für einen Flug Berlin-Wien, 20 000 Kronen für einen Rundflug in Niedersachsen und für sonstige Überlandflüge zu bewilligen.

Gesellschaftliches.

* In der gestrigen Sitzung des Ausschusses der Mitteldeutschen Privatbank, Aktiengesellschaft, Magdeburg, ist der Abschluß für das Jahr 1911 vorgelegt worden. Das Bruttoertragssatz verzerrt sich bei einem Aktienkapital von 60 Mill. M. auf 7491718 M. gegen 82941728 M. im Vorjahr. Die Umsätze betragen 4800 900 M. An Abzugsleistungen werden 730 000 M. vorgesehen. Die Generalversammlung wird im Anlündigungstermin dieser Rummel unter Bekanntgabe der Tagesordnung auf Sonnabend, den 23. März d. J., nach dem Hotel Magdeburger Hof in Magdeburg einberufen. Es werden 7% Dividende, wie in den letzten fünf Jahren, vorgeschlagen.

* C. Georg Bierling u. Co.,

